

## **Unterrichtung**

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung  
des Europarates**

**über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates  
vom 26. bis 30. April 1982 in Straßburg**

Während der April-Tagung (Erster Teil der 34. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Empfehlungen und Entschließungen, die sich mit folgenden Themen befaßten:

- **Tätigkeitsbericht des Präsidiums**, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit

Die Versammlung nahm Kenntnis von der Annahme folgender Beschlüsse durch den Ständigen Ausschuß am 12. März 1982:

Empfehlung 938 betr. die Lage in der Türkei (S. 5)

Entschließung 769 betr. den Afghanistan-Tag

Entschließung 770 betr. Antwort auf den 22. Tätigkeitsbericht des intergouvernementalen Ausschusses für Wanderbewegungen

- **Bericht des Ministerkomitees**

- **Politische Fragen** (die Verteidigung der Demokratie gegen den Terrorismus in Europa; Europa und Lateinamerika: Die Herausforderung der Menschenrechte; die Krise im Südatlantik; die Lage in Polen und die Ost-West-Beziehungen)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 16), Rösch (S. 17, 19), Pensky (S. 18), Jäger (Wangen) (S. 20, 21, 30), Reddemann (S. 23, 25, 26, 27), Dr. Geßner (S. 25)

*Beschlüsse der Versammlung*

Empfehlung 941 und Richtlinie 408 betr. die Verteidigung der Demokratie gegen den Terrorismus in Europa (S. 18)

Entschlieung 774 betr. Europa und Lateinamerika: Die Herausforderung der Menschenrechte (S. 22)

Direktive 409 betr. Europa und Lateinamerika

Empfehlung 942 betr. die Krise im Südatlantik (S. 27)

Entschlieung 775 betr. die Lage in Polen und die Ost-West-Beziehungen (S. 31)

- **Wirtschaft und Entwicklung** (Die Organisation einer Konferenz über den Beitrag Europas zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen und zu einer besseren Erhaltung der natürlichen Ressourcen der Erde; die europäischen Lufttransportpolitiken)

*Beschlüsse der Versammlung*

Richtlinie 407 betr. die Organisation einer Konferenz über den Beitrag Europas zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen und zu einer besseren Erhaltung der natürlichen Ressourcen der Erde (S. 15)

Entschlieung 773 betr. die europäischen Lufttransportpolitiken

- **Wanderbewegungen, Flüchtlinge und Demographie** (Tendenzen und Aussichten von Bevlkerungsvernderungen in Europa und in den Entwicklungsländern)

Hierzu sprach Abg. Böhm (Melsungen) (S. 5, 11)

*Beschluß der Versammlung*

Entschlieung 771 betr. Tendenzen und Aussichten von Bevlkerungsvernderungen in Europa und in den Entwicklungsländern (S. 12)

- **Landwirtschaft** (Die Welternährungslage)

Hierzu sprach Abg. Dr. Freiherr Spies von Bllesheim (S. 7)

*Beschluß der Versammlung*

Entschlieung 772 betr. die Welternährungslage (S. 13)

- **Wissenschaft und Technologie** (Die Konferenz der Vereinten Nationen über die neuen und erneuerbaren Energiequellen — Nairobi, August 1981)

Hierzu sprach Abg. Lenzer (S. 9, 11)

*Beschluß der Versammlung*

Empfehlung 939 betr. die Konferenz der Vereinten Nationen über die neuen und erneuerbaren Energiequellen — Nairobi, August 1981 (S. 14)

- **Kultur und Erziehung** (Europäische kulturelle Zusammenarbeit)

*Beschluß der Versammlung*

Empfehlung 940 betr. die Europäische kulturelle Zusammenarbeit (S. 15)

- **Regionalfragen und Kommunalbehörden** (Die Beschlußtexte der 16. Tagung der Europäischen Gemeindekonferenz; die Wiederverwertung biologisch nicht abbaubarer Abfälle)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 28), Rösch (S. 29)

*Beschlüsse der Versammlung*

Stellungnahme 108 betr. die Beschlußtexte der 16. Tagung der Europäischen Gemeindekonferenz (1981)

Empfehlung 943 betr. die Wiederverwertung biologisch nicht abbaubarer Abfälle (S. 30)

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit Auszügen der betreffenden Beschlüsse der Versammlung abgedruckt.

Die Versammlung wählte den spanischen Abg. José M. de Areilza (Demokratische Koalition) wieder zu ihrem Präsidenten und Abg. Gerhard Reddemann (CDU/CSU) wieder zum deutschen Vizepräsidenten. Ausschußvorsitzender wurde Abg. Dr. Freiherr Spies von Büllersheim (CDU/CSU) (Landwirtschaftsausschuß). Stellvertretende Ausschußvorsitzende wurden Abg. Reddemann (CDU/CSU) (Politischer Ausschuß), Abg. Dr. Vohrer (FDP) (Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung), Abg. Dr. Müller (CDU/CSU) (Ausschuß für Kultur und Erziehung), Abg. Dr. Enders (SPD) (Ausschuß für Wanderbewegungen, Flüchtlinge und Demographie).

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug als Vertreter des amtierenden Ratspräsidenten der britische Staatsminister im Ministerium für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten, Douglas Hurd vor.

Zur Versammlung sprachen der norwegische Minister für Kultur und Wissenschaft, Lars Langslet, und der Außenminister von Zypern, Nicos Rolandis.

An den Verhandlungen der Parlamentarischen Versammlung nahmen eine parlamentarische Delegation aus Finnland, Ver-

treter des Andenparlaments und der lateinamerikanischen Parlamente sowie der Sprecher des schwedischen Reichstags teil.

Bonn, den 18. Mai 1982

**Gerhard Reddemann**

Sprecher

**Dr. Manfred Geßner**

Stellvertretender Sprecher

**Montag, 27. April 1982**

Tagesordnungspunkt:

**Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit**

(Drucksache 4885)

Berichterstatter: Abg. Thoss

Empfehlung 938 (1982)

**betr. die Lage in der Türkei**

Die Versammlung

.....

.....

8. empfiehlt dem Ministerkomitee:

- i. sich unverzüglich bei der türkischen Regierung über die genauen Umstände der Verhaftungen und der gegen Herrn Apaydin und seine Mitbeschuldigten sowie gegen Herrn Kaçar eingeleiteten Gerichtsverfahren zu informieren;
- ii. sich für die Freilassung dieser Personen einzusetzen und weitere erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, falls Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Verfahren und ihrer Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention entstehen.

Tagesordnungspunkt:

**Entwicklungszusammenarbeit  
Tendenzen und Aussichten von Bevölkerungsveränderungen in Europa  
und in den Entwicklungsländern**

(Drucksache 4875)

Berichterstatter: Abg. Böhm

**Die Welternährungslage**

(Drucksache 4870)

Berichterstatter: Abg. Windsteig

**Böhm (Melsungen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wer von uns hat nicht schon in seinem nationalen Parla-

ment oder in Ansprachen an seine Wähler formuliert, seine Politik diene den Menschen oder der Mensch stehe im Mittelpunkt seiner Politik oder er solle doch dort stehen? Kurz: Alles in der Politik dreht sich um den Menschen. Warum so frage ich — steht daher die **Bevölkerungspolitik**, die sich mit der Zahl der Menschen, der Entwicklung der Bevölkerungen und ihren Lebensbedingungen beschäftigt, nicht im Mittelpunkt der Politik? Im Gegenteil: Sie wird sehr oft stiefmütterlich und oft nur am Rande behandelt. Wohl deswegen, weil ihre Entwicklungen lang- und mittelfristig verlaufen, auch nur in solchen Fristen zu beeinflussen sind und deshalb nicht mit dem Zyklus übereinstimmen, in dem demokratische Staaten ihre Wahlen abhalten.

Das ist gefährlich in Ländern, in denen die Politiker, in denen die Regierungen von den Wählern abhängig sind. Bevölkerungspolitik erfordert Mut für vorausschauende Politik, die sich nicht in die Wahlperioden von vier oder fünf Jahren einfangen läßt. Bevölkerungspolitik verlangt daher mutige und handlungsfähige Politiker. Damit wird die Frage der Bevölkerungspolitik zu einer Herausforderung für unsere Demokratie in Europa, für die handelnden Politiker auf unserem Kontinent, zu einer Herausforderung also für jeden einzelnen von uns in dieser Versammlung.

Demzufolge haben wir uns in unserem Ausschuß für Wanderungsbewegungen, Flüchtlinge und Demographie unter dem Vorsitz der verehrten Frau Kollegin Gradin mit dieser Problematik sehr eingehend beschäftigt und für die Parlamentarische Versammlung des Europarates gemeinsam mit dem United Nations Fund for Population Activities vom 7. bis 9. Dezember 1981 in Straßburg ein Kolloquium veranstaltet. Wir hatten bei diesem Unternehmen Glück: Uns standen dank des verdienstvollen Wirkens des Sekretariats ausgezeichnete Referenten mit hochqualifizierten Vorträgen — an die sich lebhaft Diskussionen anschlossen — und in der Person von Mr. Eugene Grebenik ein Wissenschaftler von Rang zur Verfügung, der es hervorragend verstand, die Ergebnisse des Kolloquiums zusammenzufassen und auszuwerten. Mein Dank gilt allen an dieser Arbeit Beteiligten.

Als Ergebnis lege ich Ihnen den Resolutionsentwurf auf Dokument 4875 mit der Bitte um Billigung vor, ebenfalls den 9 Punkte umfassenden Anhang zu dieser Resolution und schließlich zur Kenntnisnahme den Bericht auf demselben Dokument.

Ich möchte zunächst einige Anmerkungen zum Inhalt des Berichts machen und dann nochmals kurz auf die Resolution selbst zurückkommen.

Meine Damen und Herren, 1980 betrug die Weltbevölkerung nach Schätzung der Vereinten Nationen 4 432 Mio. Menschen, von denen 1 131 Mio. oder ein Viertel in den entwickelten und 3 301 Mio. oder drei Viertel in den weniger entwickelten Ländern lebten. Die Weltbevölkerung ist in den letzten 40 Jahren sehr schnell gewachsen. 1939 wurde sie auf 2 195

Mio. Menschen geschätzt, hat sich also innerhalb von 41 Jahren trotz der Bevölkerungsverluste durch Kriegseinwirkungen in den Jahren 1939 bis 1945 mehr als verdoppelt. Die durchschnittliche **Wachstumsrate** in diesen mehr als 40 Jahren betrug jährlich 1,7 v. H. Ein derart hohes Wachstum über einen so langen Zeitraum ist in der Geschichte der Menschheit bisher wohl einmalig. Auch deshalb ist politisches Handeln erforderlich.

Demographisch kann man die Welt zur Zeit in zwei Teile gliedern. In den stärker entwickelten und industrialisierten Ländern wie Europa, Nordamerika, Australien, Japan und der Sowjetunion wächst die Bevölkerung langsamer als in den weniger entwickelten Ländern. Zur Zeit liegen die Wachstumsraten in den entwickelten Ländern bei nur etwa einem Drittel der Rate Lateinamerikas und Afrikas und bei der Hälfte der Wachstumsrate Asiens. In den zehn Jahren von 1970 bis 1980 ist die Bevölkerung in den entwickelten Ländern um 0,75 v. H. gewachsen; im Vergleich zu jährlich 2,2 v. H. in den weniger entwickelten Ländern. Eine Fortsetzung dieser letzteren Wachstumsrate bedeutete eine Bevölkerungsverdoppelung in den weniger entwickelten Ländern in rund 31 Jahren.

1980 haben die Vereinten Nationen geschätzt, daß die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2000 auf 6 119 Mio. Menschen ansteigen wird — das ist der mittlere Schätzwert — und im Jahr 2025 bei 8 195 Mio. Menschen liegen wird. Mit anderen Worten: In den nächsten 45 Jahren soll der Gesamtanstieg der Weltbevölkerung die Zahl der 1939 Lebenden fast um das Doppelte übersteigen. 92 v. H. des Anstieges in den nächsten 20 Jahren sollen auf die weniger entwickelten Länder entfallen.

Um die wahrscheinliche künftige Entwicklung beurteilen zu können, sollten kurz die **Bevölkerungsbewegungen** in der Vergangenheit dargestellt werden, was durchaus interessant ist. In den letzten rund 150 Jahren haben die entwickelten Länder einen Prozeß des demographischen Übergangs aus einem Zustand, in dem Sterblichkeit und Fruchtbarkeit sehr hoch waren, in einen Zustand durchgemacht, in dem beide Faktoren niedrig sind. Die genaue Art dieses Übergangs und seine Zeitdauer von Anfang bis Ende waren je nach Land verschieden, verliefen aber ungefähr im gleichen Rhythmus. Allerdings begann dieser Übergang im allgemeinen mit einem Rückgang der Sterblichkeit; im wesentlichen dank der Verbesserung des Gesundheitswesens, der Schaffung eines ausreichenden Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetzes und besserer Ernährung.

Nachdem die Sterblichkeit zu sinken begonnen hatte, blieb die Fruchtbarkeit noch eine Zeitlang hoch, und die Wachstumsrate der Bevölkerung nahm zu. So wuchs z. B. von 1871 bis 1881 die Bevölkerung von England und Wales trotz der verhältnismäßig starken Auswanderung jährlich um 1,4 v. H. Allerdings folgte mit einer gewissen Zeitverschiebung auf die Abnahme der Sterblichkeit auch die Abnahme der Fruchtbarkeit, letztere hervorgerufen durch eine stärker geübte Familienplanung. Die durchschnittliche Familiengröße in den entwickelten Ländern

sank von rund sechs Kindern pro Ehepaar — was Malthus in seinen Schriften zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch als normal angesehen hatte — auf etwas mehr als zwei Kinder pro Ehepaar, und die Wachstumsrate der Bevölkerung verringerte sich auf weniger als 1 v. H. pro Jahr.

In jüngster Zeit ist die Durchschnittsfamilie in einer Reihe westlicher Länder noch kleiner geworden. Eine Fortsetzung der Fruchtbarkeitsstatistik auf der heutigen Höhe bedeutete dann eine durchschnittliche Familiengröße von weniger als zwei Kindern pro Ehepaar. Um eine langfristige Bestandserhaltung der Bevölkerung zu sichern, müssen Ehepaare jedoch im Durchschnitt mehr als zwei Kinder zur Welt bringen.

In den entwickelten und industrialisierten Ländern wird Geburtenkontrolle fast überall praktiziert, und wirksamere Maßnahmen werden angewandt, um die Kinderzahl insgesamt und die zeitliche Planung der Geburten zu bestimmen. Durch die Möglichkeit, nicht nur die Kinderzahl, sondern auch den Zeitpunkt der Geburten zu bestimmen, ist es zu einer viel stärkeren Schwankungsbreite in den jährlichen Geburtenzahlen gekommen. Das löst in vielen unserer Mitgliedstaaten erhebliche Probleme bei der Planung von Einrichtungen des Bildungswesens aus.

Es ist kaum wahrscheinlich, daß es in unserem Bereich wieder zu einer Abwendung von der Kleinfamilie kommt. Die Möglichkeit, die Kinderzahl und den Zeitpunkt der Geburten selbst zu planen, hat den Frauen viel mehr Freiheit in der Gestaltung und Führung ihres eigenen Lebens verschafft, eine Freiheit, auf die sie nicht wieder verzichten wollen. Wegen der kleineren Familie können immer mehr Frauen außerhalb des Hauses arbeiten. Daraus haben sich tiefgreifende Veränderungen der Rolle der beiden Geschlechter und ihres Verhältnisses zueinander ergeben.

In einer Reihe der entwickelten Länder liegen die Fruchtbarkeitsziffern jetzt schon eine ganze Zeit unter den für die Bestandserhaltung nötigen Werten, und die Aussicht auf einen stärkeren Rückgang der Bevölkerungszahl insgesamt löst hier und da schon erhebliche Besorgnis aus. Eine Bevölkerung mit niedriger Fruchtbarkeit ist gleichzeitig auch eine alternde Bevölkerung. In den meisten entwickelten Ländern wächst der Anteil der Alten in der Bevölkerung sprunghaft an. Diese nehmen ärztliche und soziale Dienstleistungen in besonders starkem Maße in Anspruch, und sie müssen von der arbeitenden Bevölkerung durch Renten oder andere Formen der sozialen Hilfe unterstützt werden. Auch auf diesem Gebiet führt in einigen Ländern die wachsende Belastung durch die Notwendigkeit, für die Alten einen angemessenen Lebensstandard zu schaffen und für ihre Bedürfnisse angemessen zu sorgen, zu erheblichen Besorgnissen; diese Besorgnisse sind Anlaß für Fragen hinsichtlich der Dauerhaftigkeit des gegenwärtigen staatlichen Versicherungs- und Sozialhilfewesens in vielen westeuropäischen und nordeuropäischen Ländern.

Meine Damen und Herren, auch in den weniger entwickelten Ländern ist die Sterblichkeit zurückgegangen; allerdings hat dieser Rückgang viel später

eingesetzt als in den entwickelten Ländern. In einigen Teilen Asiens und Lateinamerikas hat die Sterblichkeit mittlerweile Werte erreicht, die zwar immer noch viel höher als die in den mehr entwickelten Ländern liegen, aber doch zumindest mit diesen vergleichbar sind. In vielen anderen Regionen, besonders in Afrika, bleibt die Sterblichkeit jedoch noch immer wesentlich höher als in den entwickelten Ländern.

Die weniger entwickelten Länder stehen vor ganz anderen demographischen Problemen als die europäischen und die vergleichbaren industrialisierten Länder. Obwohl in den meisten dieser Länder die Sterblichkeit in den vergangenen 20 Jahren ebenfalls gesunken ist, liegt sie doch noch über der Sterblichkeit in den entwickelten Ländern, und sie kann besonders in Afrika durch entsprechende Maßnahmen durchaus noch erheblich verringert werden. In dem eben genannten Kontinent liegt die Lebenserwartung bei der Geburt heute in der Größenordnung von 50 Jahren. Sowohl die Säuglingssterblichkeit als auch die Kindersterblichkeit bleiben im Vergleich zu den entsprechenden Werten in den entwickelten Ländern sehr hoch.

Anders liegen die Dinge im Hinblick auf die Fruchtbarkeit. Selbst in den weniger entwickelten Ländern, in denen die Fruchtbarkeit in jüngster Zeit im Sinken begriffen war — z. B. in der Republik Korea, in Sri Lanka, Taiwan, Singapur und Mauritius sowie in den Ländern der weniger gemäßigten Zonen Südamerikas —, bleibt sie doch immer noch weit überhalb der für die Bestandserhaltung notwendigen Werte und ist wesentlich höher als in den entwickelten Ländern. Es gibt außerdem Regionen, besonders auf dem indischen Subkontinent und in anderen Teilen Westasiens ebenso wie in Afrika, wo eine Abnahme der Fruchtbarkeit, wenn sie überhaupt zu verzeichnen ist, gering ist. In all diesen weniger entwickelten Ländern wächst die Bevölkerung weiter — sicherlich noch bis zum Ende dieses Jahrhunderts — schnell.

Zu einer Senkung der Fruchtbarkeit wird man wohl nur dann kommen können, wenn sich Männer und Frauen davon überzeugen lassen, daß kleinere Familien für sie gut sind. Die Vereinten Nationen und der Europarat unterstützen selbstverständlich das Recht des einzelnen, die Familiengröße frei und in eigener Verantwortung zu bestimmen. Das schließt den Versuch einer erzwungenen Begrenzung der Fruchtbarkeit selbstverständlich aus; ein solcher Versuch würde sich ohnehin gewiß als ein Fehlschlag erweisen, wie das Beispiel Indien gezeigt hat.

Auf lange Sicht ist das größte Problem in den weniger entwickelten Ländern wohl die Schaffung von Bedingungen, die zu einem Rückgang der Fruchtbarkeit und zu einer Verlangsamung des Bevölkerungswachstums bis zu einem Wert führen, der nicht weit von der Bestandserhaltung entfernt ist. Aber was auch heute geschieht, bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird die Bevölkerung bei dieser demographischen Entwicklung weiter wachsen, wenn es nicht gerade zu einer großen Katastrophe kommt.

Meine Damen und Herren, aus diesen Überlegungen läßt sich herleiten, daß noch viele Hindernisse aus dem Wege zu räumen sind, bis die Fruchtbarkeit in den weniger entwickelten Ländern auf ein Niveau sinkt, bei dem die Bevölkerung stabil bleibt. Ich weise hier nur ganz kurz auf die Probleme hin, die sich aus dem Wanderungsdruck ergeben, der eine Folge der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen ist. Ebenso weise ich auf die Energieprobleme der Zukunft hin, die am heutigen Nachmittag auch noch aus anderer Sicht beleuchtet werden.

Meine Damen und Herren, für die Politik in unserem Kontinent erwächst aus den geschilderten Verhältnissen die Aufgabe, die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Die demokratischen Staaten Europas müssen sich dieser Herausforderung stellen. Damit komme ich auf die Resolution zurück, die ich Ihrer Annahme empfehle. In ihrem Anhang enthält sie neun konkrete Hinweise, die sich aus den Angaben ergeben, die aus dem Ihnen eben vorgetragenen Bericht resultieren. Wir rufen die Regierungen unserer Mitgliedstaaten zu einer Politik auf, wie wir sie in dieser Resolution fordern. Außerdem unterstreichen wir die Notwendigkeit, das Problem der Bevölkerungsentwicklung auch in Zukunft in der Parlamentarischen Versammlung durch entsprechende Konferenzen und Untersuchungen weiter zu verfolgen. — Ich danke Ihnen.

**Dr. Freiherr Sples von Büllenheim (CDU/CSU)** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist sicherlich von der Zeitökonomie dieser Versammlung her günstig, daß die vier Berichte, der Böhm-Bericht über die Bevölkerungsentwicklung, der Windsteig-Bericht über die Welternährung, der Grimsson-Bericht über das Nord-Süd-Verhältnis und schließlich der Lenzer-Bericht über die erneuerbaren Energiequellen, zusammengefaßt worden sind. Aber auch der Sachbehandlung dieser Berichte muß das — darauf hat der Kollege Cavaliere schon zu den ersten beiden Berichten hingewiesen — nicht zum Nachteil gereichen, denn tatsächlich gehören die in diesen vier Berichten behandelten Probleme sehr eng zusammen.

Diese Berichte zeigen, daß wir auf dem Gebiet der Welternährung, der Bevölkerungsentwicklung und der Energie eine Menge von Problemen haben. Wir wollen eine ausreichende Ernährung für die über vier Milliarden Menschen dieser Erde. Wir wollen ihnen diese Ernährung auch zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellen, oder wir müssen dafür opfern, daß sie sie bekommen. Wir wollen auch, daß sie ausreichend Energie haben, denn Energie ist notwendig, um ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Wir wollen, daß die Güter dieser Erde besser verteilt sind, auch im Nord-Süd-Verhältnis besser verteilt sind, und wir wollen gleichzeitig — auch darauf ist in mehreren Berichten hingewiesen worden — die natürlichen — Ressourcen unserer Erde erhalten.

Ich möchte in meinem Beitrag auf die unangenehme Tatsache hinweisen, daß es im Bereich der angesprochenen Probleme eine Menge von Zielkonflikten gibt. Wir als Politiker müssen auch den Mut haben, nicht nur ein bestimmtes Problem zu sehen,

sondern die Probleme in ihrer Gesamtheit zu sehen und auf diese Zielkonflikte aufmerksam zu machen. Das geschieht in den Berichten auch. Ich wollte das noch einmal zusammenfassen und in eine Beziehung zueinander setzen.

Zunächst einmal können wir feststellen — darauf verweist der Windsteig-Bericht im übrigen mit imponierenden Zahlen —, daß eine gute **landwirtschaftliche Produktion** nur die entwickelten Staaten dieser Erde haben. Aber gerade in den entwickelten Staaten gibt es immer mehr Menschen, die von dieser technisierten, hochentwickelten, leistungsfähigen Landwirtschaft gar nichts mehr wissen wollen und die Devise aufstellen: Zurück zum natürlichen Leben, nicht mehr Maschinen, nicht mehr Kunstdünger, nicht mehr Chemikalien, sondern auf irgendeinem Einödschhof — Stichwort: Aussteiger aus der Gesellschaft — den eigenen Kohl für sich gesund bauen; „wenn ich mal krank bin oder wenn ich Kinder habe, die zur Schule gehen wollen, oder wenn ich alt bin, dann soll sich die Gesellschaft darum kümmern, aber ich will zurück zum einfachen Leben“, sagen diese Menschen.

Da gibt es auch viele, die bei einem Atomkraftwerk deshalb Schwierigkeiten machen, weil die Gefahren zu groß seien, und bei einem Kohlekraftwerk deshalb, weil da der saure Regen komme, die kein Chemiewerk wollen, weil sie im Chemiewerk nur das Böse sehen und weil von da Emissionen kommen, Menschen, die eben nicht daran denken, daß ausreichende und billige Energie einfach notwendig ist, damit die hochentwickelten Staaten weiter soviel produzieren können, wie sie heute produzieren, auch um davon an unterentwickelte Länder weitergeben zu können, auch an Maschinen, an Kunstdünger oder an Chemikalien. Wir wissen doch — oder sollten es wissen —, daß wir ohne Kunstdünger nicht einmal die Hälfte unserer jetzigen Produktion erreichen würden. Wir sollten auch wissen, daß z. B. gerade in unterentwickelten Ländern enorme Lagerungsverluste eintreten würden, wenn wir nicht die moderne Chemie hätten. — Wer sich also gegen das alles wendet, kann jedenfalls nicht gleichzeitig sagen: Es hungern so viele Menschen auf der Welt, und wir müssen diesen hungernden Menschen helfen. Hier gibt es also einen Zielkonflikt.

Ein zweiter Punkt. Es gibt viele, auch in den hochentwickelten Ländern — und ihre Zahl scheint sich offenbar noch zu vermehren —, die an die „Segnungen“ der **staatlichen Lenkung** glauben, die von Gerechtigkeit sprechen und sagen: Der Staat wird das alles richtig machen, der Staat muß das verteilen. Alle diejenigen, die das sagen, müssen sich deutlich machen, daß gerade für die Landwirtschaft gilt — es gilt für alle Bereiche, aber ich stelle einmal die Behauptung auf: für keinen Bereich so sehr wie für die Landwirtschaft —, daß freies Unternehmertum nicht steuerbar ist. Es gibt keinen Bereich, der so ungeeignet für staatliche Lenkung, staatliche Steuerung ist wie eben die Landwirtschaft. Das beweisen auch die Zahlen, die im Windsteig-Bericht enthalten sind.

Ich nenne nur zwei Zahlen. Die Vereinigten Staaten, die Anfang der 30er Jahre, also vor 50 Jahren, nur

5 Mio. Tonnen Getreide exportieren konnten, exportieren jetzt das 20fache, 100 Mio. Tonnen Getreide, und das trotz einer enormen Steigerung der US-amerikanischen Bevölkerung, die, wie wir alle wissen, nicht nur auf natürlicher Regeneration, sondern auch auf Einwanderung beruht. Gleichzeitig ist die Sowjetunion, die damals angetreten ist, den Westen zu überholen mit der Idee des Kommunismus, mit Ideen also, inzwischen so weit, daß sie in diesem Jahr 45 Mio. Tonnen Getreide importieren muß. Man muß diese Zahlen mal in eine Beziehung setzen: Die Sowjetunion importiert also fast die Hälfte des Getreides, das die Vereinigten Staaten als der größte Getreideexporteur zu exportieren in der Lage sind.

Außerdem verweise ich auf Polen, ein Land, welches ein reiches landwirtschaftliches Gebiet hat und heute auch einen Teil der früheren deutschen Ostgebiete, der früheren deutschen Kornkammer, umfaßt, ein Land, welches früher viele Agrargüter exportieren konnte und heute auf die Hilfe anderer Staaten angewiesen ist.

Da sieht man, daß eine kommunistische Staatslenkung, daß eine zu weitgehende Reglementierung nicht hilft und daß erfolgreich in der Landwirtschaft im Sinne höchster und rentabler Produktion nur der freie Bauer auf seinem eigenen Betrieb sein kann, der einerseits von einem gesunden Erwerbsstreben gelenkt wird, aber andererseits auch immer an die Erhaltung seines Hofes denkt und ihn an die nächste Generation weitergeben will und der alles für die natürliche Fruchtbarkeit seines Bodens und die Entwicklung seines Hofes tut. Das ist das Ziel, das wir haben müssen. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß Staatslenkung nur negative Wirkungen im Bereich der Landwirtschaft hat.

Aber dazu gehört natürlich — darauf hat gerade der Kollege Cavaliere hingewiesen —, daß der freie Landwirt, um leben zu können, ein ausreichendes Einkommen haben muß. Er kann sein Getreide nicht verschenken, sondern er muß es auf dem Markt absetzen und auch bezahlt bekommen. Deswegen müssen wir alles tun, um den unterentwickelten Ländern auch Möglichkeiten zum Export zu geben. Wenn dort Kaffee und Bananen leichter und billiger als bei uns zu produzieren sind und zu hohen Preisen an uns verkauft werden können, kann vielleicht die dreifache oder fünffache Menge an Reis oder Weizen importiert werden. So etwas ist nach meinem Verständnis kein Nachteil.

Außer den Zielkonflikten, die ich hier dargestellt habe, gibt es noch viele andere. Aber die Zeit reicht nicht mehr, sie alle darzustellen.

Es geht darum, den Hunger auf der Welt zu mindern. Aus dem Böhm-Bericht haben wir gerade erfahren, daß der Weg, den Hunger über ein geringeres Wachstum der Weltbevölkerung zu mindern, kaum gangbar ist, zumindest nicht in den nächsten ein oder zwei Jahrzehnten wirksam sein wird. Das wird erst langfristig möglich sein. Wir müssen infolgedessen eine steigende Zahl von Menschen auf der Erde ernähren. Uns ist eine Zahl bis zu 6 Mrd. Menschen im Jahre 2000 gegenüber mehr als 4 Mrd. Menschen heute genannt worden.



Wer dazu beitragen will, eine derartige Zahl von Menschen zu ernähren, muß denen eine Absage erteilen, die für die Industriestaaten ein Nullwachstum predigen, die zum einfachen Leben zurückkehren wollen, die nur noch Umweltschutz und Landschaftsschutz ohne Rücksicht auf alles andere sehen. Sie mögen diese Entscheidung für sich treffen. Aber sie sollten sie nicht den anderen, der Masse der Bevölkerung ihrer Nationen, aufzuzwingen versuchen.

Die hochentwickelten Staaten haben eine Verpflichtung. Darauf ist hingewiesen worden. Aber wir Politiker müssen auch darauf hinweisen — das zeigen die Berichte —, daß nicht alle Wünsche gleichzeitig erfüllbar sind. Wir sind bereit, Opfer zu bringen. Aber wir müssen auch mit dem Mut, den der Politiker haben soll, in unseren Ländern sagen, daß manche Bestrebungen, so verständlich sie sind — ich habe die Punkte angeführt —, diesem großen Ziel, den Hunger in der Welt zu verringern, genau entgegenwirken. Wir müssen deswegen gegen diese Bestrebungen offen Stellung beziehen. — Ich danke Ihnen.

**Dienstag, 27. April 1982**

Tagesordnungspunkt:

### **Entwicklungszusammenarbeit**

(Fortsetzung der Aussprache)

#### **Die Konferenz der Vereinten Nationen über die neuen und erneuerbaren Energiequellen (Nairobi 10.—21. August 1981)**

(Drucksache 4874)

Berichterstatte: Abg. Lenzer

#### **Die Organisation einer Konferenz über den Beitrag Europas zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen und zu einer besseren Erhaltung der natürlichen Ressourcen der Erde**

(Drucksache 4882)

Berichterstatte: Abg. Grimsson

**Lenzer (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre, für die Wissenschaftskommission dieses Hauses den von Ihnen bereits angesprochenen Bericht, der jetzt aufgerufen ist, vorzulegen.

Vom 10. bis 21. August 1981 hat in Nairobi nach etwa zweijähriger Vorbereitung der Vollversammlung

der Vereinten Nationen und ihrer Gremien eine **Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen** stattgefunden. An ihr nahmen neben den meisten Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auch eine ganze Reihe von Beobachtern und Gästen teil. Die Beratende Versammlung des Europarates war mit einer Delegation unter der Leitung unseres Kollegen Wolfgang Blenk dort vertreten, und sie hat auch Gelegenheit gehabt, dort die eigene Position in einer Rede zu verdeutlichen.

Nach den zugrunde liegenden Beschlüssen der Vollversammlung der Vereinten Nationen waren die Ziele der Konferenz, zum einen eine weltweite Bewußtseinsbildung über die Rolle der neuen Energien in die Wege zu leiten und zum zweiten eine international konzentrierte Aktion zur verstärkten Entwicklung und Anwendung neuer und erneuerbarer Energiequellen in Gang zu setzen.

Einigkeit bestand auch darüber, daß die Konferenz lediglich Rahmenbedingungen für eine verbesserte Zusammenarbeit auf diesem komplexen Gebiet setzen konnte. Insgesamt wurden 14 unterschiedliche sogenannte neue regenerative Energiequellen ausgewählt. Ich nenne nur einige wenige, z. B. die Sonnenenergie, geothermische Energie, Wasserkraft und das Holz als wesentlichste Energiequelle in weiten Teilen unserer Welt. Darauf wurde auf dieser Konferenz immer wieder hingewiesen, und das ist gerade für die Länder der Dritten Welt von besonderer Bedeutung. Das in Nairobi im Konsens verabschiedete Aktionsprogramm trägt diesen Zielen und diesen Schwerpunkten Rechnung.

Sachlich erstreckt sich das Aktionsprogramm auf die Bereiche der Ressourcenerfassung und der Energieplanung. Es beschäftigt sich mit Forschung, Entwicklung und Demonstration, mit dem Transfer, der Anpassung und der Anwendung ausgereifter Technologien, der Frage der Information und letztlich — hier setzt dann auch unsere Resolution an, wie ich später ausführen werde — der Erziehung und Ausbildung. Dieses Aktionsprogramm soll die Basis für eine weitere, zukünftige Zusammenarbeit liefern.

Nun einige kurze Bemerkungen zu den einzelnen Schwerpunkten. Im Bereich der Ressourcenerfassung und Energieplanung wird der Forderung der **ländlichen Energieversorgung** in besonderer Weise Rechnung getragen. Die festgelegten Zielsetzungen sind umfassend und entsprechen realistischen Erfordernissen. Besonders betont werden die Aufgaben zur Bewältigung der Feuerholzkrise, die in einer Vielzahl von Entwicklungsländern schwere Probleme mit sich bringt.

Die Empfehlungen zum Bereich Forschung, Entwicklung und Demonstration zielen insbesondere auf einen besseren Informationsaustausch der mit Fragen der neuen und erneuerbaren Energiequellen befaßten Forschungseinrichtungen ab. Es ist nicht so, daß in diesen Bereichen weltweit zu geringe Anstrengungen unternommen werden. Wichtig ist aber, daß der **Informationsaustausch** immer wieder stattfindet, so daß unnütze Parallelforschungen, Mehrfachforschungen zu ein und demselben Be-

reich vermieden werden, soweit sie wissenschaftlich nicht notwendig sind.

Der Bereich **Technologietransfer** war Gegenstand intensiver Erörterungen. Der hierzu schließlich vereinbarte Text lehnt sich an das Wiener Aktionsprogramm von 1979 an. Ich darf daran erinnern, daß diese Versammlung dort auf der Konferenz „Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung“ auch vertreten war. Die laufenden Verhandlungen, vor allem die Konferenz der Vereinten Nationen über den internationalen Verhaltenskodex, werden dadurch in keiner Weise beeinflusst.

Institutionelle und finanzielle Fragen blieben bis zum Ende der Konferenz natürlich auch die zentralen Diskussionspunkte zwischen der sogenannten Gruppe der 77 einerseits und den westlichen Industrieländern andererseits. Im institutionellen Bereich bestand zwischen den westlichen Industrieländern und der Gruppe der 77, also den Entwicklungsländern, grundsätzlich Einigkeit darüber, daß ein für alle Staaten offenes Gremium, ein sogenanntes intergovernmental body, für neue und erneuerbare Energiequellen die Durchführung des Aktionsprogramms überwachen sollte.

Während sich die Industrieländer dafür einsetzten, den bestehenden Ausschuß für natürliche Energiequellen des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen — mit offener Mitgliedschaft — damit zu betrauen, verlangte die Gruppe der Entwicklungsländer die Schaffung eines neuen Ausschusses. Man kann ganz allgemein sagen, daß sich im Laufe der Konferenz doch sehr stark die Meinung durchsetzte, die Probleme im Rahmen der bestehenden institutionellen und organisatorischen Möglichkeiten, der bereits vorhandenen Gremien anzugehen und den bereits bestehenden Bürokratien — wenn ich das einmal etwas schärfer formulieren darf — nicht noch weitere hinzuzufügen.

Im Zusammenhang mit den finanziellen Fragen haben die Entwicklungsländer zuletzt nicht mehr auf einem von ihnen ursprünglich geforderten Finanzierungsziel für neue und erneuerbare Energiequellen bestanden. Auch eine Verpflichtung der Industrieländer zur Bereitstellung zusätzlicher und angemessener Mittel für die internationalen Finanzmechanismen — das ist ein Terminus aus der Resolution — wurde nicht festgelegt. Die westlichen Industrieländer haben die wachsende Rolle der neuen und erneuerbaren Energiequellen für die Entwicklung insbesondere der Entwicklungsländer anerkannt und sich bereiterklärt, in ihrer bilateralen Zusammenarbeit diesem Bereich innerhalb des Energiesektors erhöhte Priorität zuzuerkennen.

Die Konferenz hat weiterhin eine Empfehlung beschlossen, nach der alle interessierten Parteien aufgefordert werden, alle möglichen Wege der **Energiefinanzierung** zu prüfen, u. a. auch die von der Weltbank untersuchte Gründung einer Energietochter. Hierzu erklärten insbesondere die Vereinigten Staaten, sie könnten gegenwärtig weder der Errichtung einer solchen Energietochter der Weltbank zustimmen noch an ihr teilnehmen.

Insgesamt gesehen kann man sagen, daß gemeinsam mit der Europäischen Gemeinschaft und auch anderen westlichen Industrieländern wesentliche Verhandlungsziele erreicht worden sind.

Ich nenne die Bekräftigung der Verantwortung der Entwicklungsländer für ihre eigene Entwicklung — das war ein ganz wichtiger Punkt —; die Einbettung der neuen und erneuerbaren Energiequellen in einen Gesamtenergiekontext; die Betonung des nationalen Ansatzes in den Entwicklungsländern, z. B. die Energieplanung; die Bereitschaft der Industrieländer zu verstärkter Hilfe bei eigenen Anstrengungen der Entwicklungsländer. Ich nenne weiterhin Anstrengungen aller — unter Einbeziehung der OPEC-Länder und des Ostblocks — zur Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen für Energievorhaben; die Anerkennung, daß durch Erhöhung der Effizienz des Systems der Vereinten Nationen zusätzliche Finanzmittel verfügbar gemacht werden könnten; die Vermeidung eines neuen Fonds speziell für neue und erneuerbare Energiequellen und schließlich auch die Bereitschaft bei internationalen Organisationen, für eine erhöhte Priorität des Energiesektors einzutreten.

Das Aktionsprogramm kommt im Vergleich zu den Ergebnissen anderer Konferenzen der Vereinten Nationen den Industrieländern relativ weit entgegen. Der konstruktive Verlauf der Konferenz zeigt, daß es auch im komplexen System der Vereinten Nationen möglich ist, ein derartiges Zukunftsthema wie „neue und erneuerbare Energiequellen“ richtungweisend und in konstruktivem Geist zu erörtern. Die Konferenz hat damit, so glaube ich, auch einen Beitrag für den Nord-Süd-Gipfel in Cancun in Mexiko geleistet, auf dem das Thema „Energie“ ja, wie wir mittlerweile wissen, auch von großer Bedeutung war. Die Ausgangsposition für eine Aufnahme energiepolitischer Gespräche in den globalen Verhandlungen könnte sich damit verbessert haben.

Lassen Sie mich feststellen, daß das Energieproblem, mit dem sich ja die Gremien dieses Hauses, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates also, verschiedentlich beschäftigt haben, auch für die Zukunft ein bedeutender Schwerpunkt unserer Arbeit sein wird. Das Energieproblem ist nach unserer Auffassung ein globales Problem. Das Energieproblem zeichnet sich auch dadurch aus, daß wir alle Möglichkeiten der sicheren Energieversorgung — frei von politischen und anderen Risiken und zu ökonomisch vertretbaren Bedingungen — im Auge zu behalten haben. Es kann dabei nicht darum gehen, einzelne Energieträger gegeneinander auszuspielen; vielmehr haben wir die Verpflichtung, alle Optionen — wie der entsprechende Terminus in der Diskussion oft heißt — offenzuhalten und alle Möglichkeiten zu nutzen. Oberstes Prinzip muß sein, daß wir mit dem wertvollen Rohstoff Energie sparsam und rationell umgehen und daß wir uns der Tatsache bewußt sind, daß hier jede Einsparung unseren Handlungsspielraum erweitern kann. Wir brauchen eine Strategie für den Übergang vom Ölzeitalter auf ein Energieversorgungssystem der nächsten Dekaden, welches sich auf andere Schwerpunkte stützen kann.

Was kann in diesem Zusammenhang — damit haben wir uns beschäftigt — der Europarat konkret tun? Es ging uns nicht darum, den zahlreichen Erklärungen und den vielen Papieren weitere hinzuzufügen. Wir waren der Auffassung, daß wir ganz konkrete Schritte vorzuschlagen haben. Diese konkreten Schritte sind zwar nicht sehr spektakulär, aber sie bemühen sich, einen Beitrag im Rahmen der Zielsetzungen der Konferenz von Nairobi zu leisten, insbesondere, wie ich bereits erwähnte, in den Bereichen Bildung und Information.

Deswegen schlagen wir in unserem Resolutionsentwurf, für den ich Sie um Zustimmung bitte, vor, daß das Programm der **Intensivkurse für Hochschulabsolventen im Energiebereich** im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Konferenz über Universitätsprobleme entwickelt werden möge und daß dabei insbesondere die Prioritäten berücksichtigt werden sollen, die durch das Aktionsprogramm von Nairobi gesetzt worden sind.

Zweitens wollen wir ein System der Stipendienvergabe anregen, um den Zugang der Staatsangehörigen der am stärksten benachteiligten Mitgliedstaaten des Europarates zu den Intensivkursen für Hochschulabsolventen zu erleichtern, die im Bereich „Energie“ von der regelmäßig stattfindenden Konferenz über Universitätsprobleme organisiert werden. Man kann dabei das System zum Vorbild nehmen, das für Ausbilderlehrgänge im Bereich der Berufsausbildung bereits erfolgreich angewandt wird.

Drittens schlagen wir vor, daß zu diesem Zweck die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und insbesondere mit deren Sonderorganisationen — wir denken an die UNESCO, die UNIDO, an HABITAT und andere — verstärkt werden soll.

Viertens schließlich fordern wir die Mitgliedstaaten auf, in ihren bilateralen Kooperationsprogrammen die Ziele, Prioritäten und Durchführungsvorschläge des Aktionsprogrammes von Nairobi zu berücksichtigen.

Herr Präsident, wir wissen, daß es sich dabei nur um einen ersten Ansatz handeln kann, aber wir waren, wie ich bereits auszudrücken versuchte, der Auffassung, daß es in dieser Situation darum geht, möglichst konkrete Lösungsbeiträge zu liefern und von den globalen Erklärungen wegzukommen, die in der Sache zwar manchmal zur Klarstellung der Position wichtig sind, aber zur Strategie eigentlich herzlich wenig beitragen. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Böhm (Melsungen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen, die gestern und heute so sachkundig zu den Fragen der Bevölkerungsentwicklung Stellung genommen haben, herzlichen Dank sagen. Wir haben damit deutlich gemacht, daß die Parlamentarische Versammlung des Europarates die Bedeutung dieses Themas erkannt hat und daß wir willens sind, auf der Grundlage der vorliegenden Resolution die Politik in unseren Mitgliedsländern zu gestalten und zu beeinflussen. Ich

darf hoffen, daß diese Resolution, die Sie in der Drucksache 4875 finden, Ihre Zustimmung ebenso findet wie der Anhang zur Resolution, in dem wir konkrete Vorschläge gemacht haben, die in Zukunft in den Mittelpunkt der Politik gegenüber den zu entwickelnden Ländern gestellt werden sollen.

Ich möchte zum Abschluß der Diskussion noch einmal darauf hinweisen, daß wir in dieser Resolution zwei wichtige Konferenzen vorschlagen.

Erstens begrüßen wir unter Punkt 4 unserer Resolution den Beschluß des Ministerkomitees zur Veranstaltung einer **Europäischen Bevölkerungskonferenz über demographische Tendenzen** und politische Reaktionen, die im September 1982 hier in Straßburg stattfinden wird und an der Bevölkerungswissenschaftler, Verwaltungsbeamte und Parlamentarier teilnehmen sollen. Hier soll die Arbeit fortgesetzt werden, die wir mit dem Kolloquium begonnen haben, über das ich gestern berichtet habe und das in der heutigen Resolution seinen Fortgang gefunden hat.

Unter Punkt 3 der erwähnten Resolution bringen wir die Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung für eine Veranstaltung zum Ausdruck, die 1983 unter Beteiligung von Regierungsvertretern, Politikern und Experten und von internationalen Organisationen stattfinden soll, eine Konferenz über den Beitrag Europas zu einer gerechteren Verteilung und besseren Erhaltung der natürlichen Ressourcen der Erde und zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen.

Wenn wir heute mit dieser Resolution die erwähnten Beschlüsse fassen, haben wir, so glaube ich, die richtigen Konsequenzen aus der Debatte und dem Bericht gezogen. Ich bitte Sie nochmals, dieser Resolution zuzustimmen. — Ich danke Ihnen.

**Lenzer (CDU/CSU):** Herr Präsident! Ich kann meinen Beitrag wohl ganz kurz fassen. Ich habe denen zu danken, die auf den Bericht über die Konferenz der Vereinten Nationen zu neuen und erneuerbaren Energiequellen in Nairobi Bezug genommen haben. Ein Änderungsantrag wurde im Laufe der Diskussion hier nicht eingebracht. Ich freue mich über die Zustimmung. Im Rahmen unseres Ausschusses für Forschung und Technologie, aber auch des Unterausschusses für Energiepolitik sollten wir uns in der nächsten Zeit einmal genauer mit den wissenschaftlichen Möglichkeiten und mit dem technischen Stand der neuen und erneuerbaren Energiequellen beschäftigen.

Herr Kollege Vella hat die Interessen der sich in einer Randlage befindenden europäischen Mitgliedsländer dieser Versammlung hier eingeführt. Ich betrachte dies als einen interessanten Hinweis, dem wir ruhig einmal nachgehen sollten. Wir sollten versuchen, herauszufinden, welche konkreten Möglichkeiten in der Zusammenarbeit hier bestehen.

Ich möchte mich nochmals sehr herzlich bedanken und bitte Sie alle, meine verehrten Damen und Herren, um Ihre Zustimmung zu unserem Entschließungsentwurf.

Wir waren vor drei Jahren mit einer Delegation und einem vielbeachteten Beitrag in Wien bei der UN-Konferenz für Technologie im Dienste der Entwicklungsländer. Wir waren letztes Jahr in Nairobi ebenfalls mit einem, wie ich meine, sehr positiv aufgenommenen Beitrag in dieser Konferenz über die neuen und erneuerbaren Energiequellen. Wir werden im übrigen auch im heurigen Sommer bei der UN-Konferenz über Raumfahrtprobleme in Wien dabei sein.

Alle diese Konferenzen, Herr Präsident, haben gemeinsam, daß sie auf stärkere **Einbindung Europas in die Hilfe für die Entwicklungsländer** ausgerichtet waren. Dabei haben wir in Nairobi nachdrücklich jene Punkte hervorgehoben, die man vielleicht zu lange ignoriert hat, nämlich die Tatsache und die Notwendigkeit, daß man bei aller noch so gut gemeinten Entwicklungshilfe deswegen oft daneben gegriffen hat, weil man die eigenständigen Bedürfnisse der Entwicklungsländer nicht spezifisch berücksichtigt hat, weil man sie allzuoft als versetzte Spiegelbilder unserer Gesellschaften angesehen hat, was natürlich falsch ist.

Wir haben weiter die Notwendigkeit unterstrichen — und sie auch unterstrichen bekommen —, daß alle Technologien und Hilfsmaßnahmen den auch menschlichen Voraussetzungen in diesen Ländern angepaßt sein müßten und daß sie vor allem Rücksicht zu nehmen haben auf die gewachsenen Kultur- und Geschichtsstrukturen dieser Länder.

Nicht zuletzt — das wurde heute schon erwähnt — ist, glaube ich, hier immer wieder die große Eigenverantwortung, die Notwendigkeit auch der Selbsthilfe durch die Länder zu betonen.

Was ich abschließend positiv erwähnen möchte, Herr Präsident und meine Damen und Herren, das sind die gerade im Rahmen auch der Nairobi-Konferenz möglich gewordenen Kontakte mit maßgebenden Spezialorganisationen der Vereinten Nationen. Wir hatten dort sehr tiefgehende und zukunftsgerichtete Unterhaltungen mit den Spitzenfunktionären der UNIDO, der UN-Organisation HABITAT, der UNESCO und vor allem der UNEP, der Umweltprogrammorganisation der Vereinten Nationen, Beratungen, die schon sehr konkrete Ergebnisse gezeigt haben. Wir von der Wissenschaftskommission können erfreulicherweise auf eine im Europarat selbst anbotbare Hilfe verweisen, nämlich im Rahmen jener ganzen **Erwachsenenbildungskurse** und -möglichkeiten, die wir den Entwicklungsländern anbieten konnten. Wir haben als erfreuliche Folge auch etwa der Nairobi-Besprechungen inzwischen festhalten können, daß wir sehr konkrete direkte bilaterale Verhandlungen mit der Leitung der UNIDO führen konnten, und zwar in der Richtung, daß künftig verstärkt Experten aus Entwicklungsländern an den Fachkursen, die von der sogenannten regelmäßigen Konferenz für universitäre Probleme im Rahmen der Wissenschaftskommission mitgeführt werden, eingeladen werden. Eine der Folgen davon — damit schließe ich — war, daß die UNIDO selbst als Folge dieser angebotenen und sich bereits in Realisierung befindenden Zusammenarbeit ihrerseits die Kandidatur unterbreitet hat, Beobachter bei dieser Confé-

rence régulière des problèmes universitaires zu sein, eine Kandidatur, die bereits angenommen wurde und demnächst dem Ministerkomitee zur Approbierung überbracht wird.

Ich glaube, daß das ein speziell den Europarat und seine eigensten Aktivitäten betreffender positiver und konstruktiver Beitrag zu dieser großen Gesamtproblematik ist. Ich danke, Herr Präsident.

#### Entschließung 771 (1982)

##### betr.: Demographische Tendenzen und Aussichten in Europa und in den Entwicklungsländern

Die Versammlung

....

....

8. fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates auf:

- a) bei der Formulierung ihrer Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik ihre Maßnahmen im Lichte der Überlegungen im Anhang zu dieser Entschließung zu koordinieren;
- b) der Konferenz über den Beitrag Europas zu einer gerechteren Verteilung und besseren Erhaltung der natürlichen Ressourcen der Erde und zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen, die 1983 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats unter Beteiligung von Regierungsvertretern, Politikern, Experten und internationalen Organisationen veranstaltet werden soll, ihre volle Unterstützung zu gewähren;
- c) den Beschluß des Ministerkomitees voll mitzutragen, im September 1982 in Straßburg eine Europäische Bevölkerungskonferenz über demographische Tendenzen und politische Reaktionen unter Beteiligung von Bevölkerungswissenschaftlern, Verwaltungsbeamten und Parlamentariern zu veranstalten.

#### Anhang zum Entschließungsentwurf

1. Bei Frauen besteht ein erheblicher latenter Bedarf an Mitteln zur Regulierung und Begrenzung ihrer Fruchtbarkeit; eines der größten Hindernisse ist hier der mangelnde Zugang zu modernen empfängnisverhütenden Methoden.
2. Auf lange Sicht besteht das größte Problem in den weniger entwickelten Ländern in der Schaffung von Bedingungen, die zu einer Senkung der Fruchtbarkeit auf einen Wert in der Nähe dessen führen, was zur Sicherung der Bestandserhaltung notwendig ist.
3. Jede auf Senkung der Geburtenziffern in den weniger entwickelten Ländern gerichtete Politik muß in erster Linie eine Haltung in der Öffentlichkeit und Lebensbedingungen schaffen, unter denen es der Einzelne als für sich selbst vorteil-

haft erkennt, seine Kinderzahl zu verringern. Die Bevölkerung muß außerdem davon überzeugt werden, daß die Kindersterblichkeit durch Verbesserungen im Gesundheitswesen so weit gesenkt werden kann, daß die meisten Kinder mit Sicherheit überleben. Zweitens müssen dem Einzelnen Informationen über Methoden zugänglich gemacht werden, mit denen er seine Familiengröße begrenzen kann, und es müssen ihm Mittel zur Senkung der Furchtbarkeit zur Verfügung gestellt werden. Diese beiden Aspekte können nicht getrennt voneinander angegangen werden.

4. Der Widerstand gegen die Geburtenkontrolle nimmt ab, seit die Regierungen der weniger entwickelten Länder immer deutlicher erkennen, daß ein schnelles Bevölkerungswachstum für ihre künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung ein großes Hindernis darstellt. Gleichzeitig muß aber berücksichtigt werden, daß es nach wie vor Methoden der Geburtenkontrolle gibt, die für Angehörige bestimmter Religionen nicht akzeptabel sind.
5. Die Schaffung einer öffentlichen Meinung — mit besonderem Schwergewicht auf der Erziehung und Bildung — und von Lebensbedingungen, die die Anwendung von Methoden der Familienplanung begünstigen, müssen Teil einer allgemeinen Politik der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sein.
6. Der wichtigste Aspekt der Entwicklungspolitik besteht in der Erhöhung des Lebensstandards in den weniger entwickelten Ländern und in der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für ihre Bevölkerung.
7. Die Verabschiedung einer solchen Politik bedeutet, daß die Ungleichheit zwischen den Verhältnissen in den entwickelten und den weniger entwickelten Ländern abgebaut werden muß.
8. Regierungen und Parlamente in den entwickelten Ländern haben die Pflicht, ihrem Wählervolk klarzumachen, daß ein Abbau des internationalen Ungleichgewichts langfristig von Vorteil ist, während Versäumnisse bei der Senkung des Bevölkerungswachstums sehr wohl zu wachsenden sozialen und internationalen Spannungen führen können.
9. In den Entwicklungsprogrammen sollte Hilfe auch zur Hilfe in Bevölkerungsfragen eingesetzt werden. Dieser Begriff ist nicht identisch mit einer Förderung der Familienplanung, obwohl Familienplanung Teil eines jeden erfolgreichen Programms zur Bevölkerungsregulierung sein muß. Die weitere Unterstützung bei der Erforschung von Faktoren, die die Fruchtbarkeit und das Bevölkerungswachstum bestimmen, ist außerdem anzuregen. Unter dasselbe Thema fallen auch die Ausbildung und Ausrüstung von Ärzten und medizinischem Hilfspersonal für Vorbeugungs- und Heilungsprogramme; Propaganda zur Förderung von Spätheiraten und Forschungsarbeiten zur Verbesserung der technischen Qualität von empfängnisverhütenden Mitteln und ihrer Akzeptanz.

## EntschlieÙung 772 (1982)

### betr. die Welternährungslage

#### Die Versammlung

1. ist sich bewußt, daß mindestens 500 Mio. Menschen unter Hunger leiden;
2. ist sich bewußt, daß die Weltbevölkerung, die derzeit 4,4 Mrd. Menschen umfaßt, Ende des Jahrhunderts etwa 6 Mrd. und in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts 8 Mrd. erreichen könnte;
3. stellt fest, daß die Weltagrarwirtschaft jedes Jahr durch die Ausdehnung der Wüsten, durch Verstädterung und industrielle Expansion riesige Nutzflächen verliert;
4. bedauert, daß einige Entwicklungsländer noch immer einen allzu großen Teil ihrer Ressourcen für eine übermäßige Erhöhung ihres Rüstungspotentials einsetzen, was sich nachteilig auf den Kampf gegen Hunger, Elend und Unterentwicklung auswirkt;
5. stellt fest, daß im letzten Jahrzehnt die Pro-Kopf-Produktion in zahlreichen afrikanischen Ländern südlich der Sahara, und in vielen Ländern Lateinamerikas und Asiens ständig zurückgegangen ist und daß diese Länder im Rahmen der weltweiten Rezession immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung haben, um die benötigten Nahrungsmittel oder die erforderlichen Produkte für ihre eigene Landwirtschaft einzuführen;
6. beobachtet, daß außergewöhnlich gute Welternuten, wie diejenige im Jahre 1981, die langfristige negative Tendenz, die sich aus der oben erwähnten Entwicklung ergibt, nicht merklich verändern, vor allem, wenn man bedenkt, daß die Produktionsgewinne im wesentlichen in einer sehr kleinen Zahl von Gebieten erzielt werden, wie z. B. den Vereinigten Staaten, Kanada und Westeuropa;
7. begrüßt, daß die Internationale Notstandsnahrungsmittelreserve durch die erheblich gestiegenen Beiträge der großen Geberländer jetzt die Rekordhöhe von 620 000 Tonnen Getreide erreicht hat, während das vorher festgesetzte Ziel 500 000 Tonnen betragen hatte;
8. stellt mit Genugtuung fest, daß das durch das Internationale Übereinkommen über Nahrungsmittelhilfe aus dem Jahre 1980 festgelegte Ziel von 7,6 Mio. Tonnen für die Weltgetreidereserven erreicht worden ist;
9. fordert ihre Mitglieder auf, ihre nationalen Parlamente und Regierungen eindringlich zu ersuchen:
  - i) ihre Beiträge nach dem Internationalen Übereinkommen über Nahrungsmittelhilfe aus dem Jahre 1980 zu erhöhen, um den Umfang der Weltgetreidereserven auf 10 Mio. Tonnen zu steigern, wie dies von der Welternährungskonferenz im Jahre 1974 gefordert wurde;

- ii) ihren Beitrag zu den Institutionen zu erhöhen, die sich hauptsächlich mit Hilfeleistungen für Flüchtlinge und Opfer von Naturkatastrophen befassen, wie z. B. das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, der Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen, der Internationale Agrarentwicklungsfond und der Internationale Währungsfond, der vor kurzem mit der Subventionierung der Getreideeinfuhren einiger am wenigsten entwickelten Länder begonnen hat;
- iii) die FAO zu ermutigen, sich weiterhin darum zu bemühen, daß ihre Mittel verstärkt für Direkthilfe an Ort und Stelle eingesetzt werden;
- iv) Schritte zu ergreifen, um die Systeme der Nahrungsmittelverteilung an bedürftige Menschen zu verbessern;
- v) die Verhandlungen über den Abschluß eines Internationalen Getreideabkommens zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern wiederaufzunehmen, um den Getreidemarkt weiter zu stabilisieren und den Zugang der bedürftigen Länder zu diesem Markt zu erleichtern;
- vi) in Organisationen wie etwa der FAO auf eine radikale Bodenreform in den Entwicklungsländern hinzuwirken, damit diejenigen, die den Boden bearbeiten, einen größeren Nutzen aus der landwirtschaftlichen Produktion ziehen und damit diese Produktion in erster Linie die inländischen Bedürfnisse befriedigen kann und weniger exportorientiert ist;
- vii) die Entwicklungsländer darin zu unterstützen, eine Aquakulturindustrie als alternative Nahrungsmittelerzeugung aufzubauen;
- viii) ihre Bemühungen auf internationaler Ebene fortzusetzen, um eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums bis zum Ende des Jahrhunderts zu erreichen.

#### Empfehlung 939 (1982)

#### betr. die Konferenz der Vereinten Nationen über neue und erneuerbare Energiequellen

(Nairobi 10. bis 21. August 1981)

#### Die Versammlung

...  
....

#### 7. vertritt die Ansicht:

- i) daß alle Länder im Rahmen des Möglichen ihre bilateralen Programme den Richtlinien des Aktionsprogramms von Nairobi anpassen sollten;
- ii) daß diesbezügliche nationale Bemühungen mit einer Koordinierung auf weltweiter Ebene einhergehen müssen;

- iii) daß die Koordinierung bilateraler Projekte, das Bemühen um Komplementarität dieser Projekte und die multinationalen Aktivitäten auf der Ebene der Vereinten Nationen dadurch erleichtert werden könnten, daß innerhalb dieser Organisation ein spezifisches intergouvernementales Komitee geschaffen wird, wie dies die Entschließung der 36. Vollversammlung empfiehlt;
- iv) daß jedes System der Projektfinanzierung im Energiebereich sich hauptsächlich auf technische und wirtschaftliche Überlegungen stützen sollte;
- v) daß die Weltbank, der Internationale Währungsfond und andere internationale Finanzierungsinstitutionen durch die Regierungen der westlichen Länder und insbesondere der Mitgliedstaaten des Europarates ermutigt werden sollten, der Projektfinanzierung im Bereich neuer und erneuerbarer Energiequellen im Rahmen der bestehenden Haushalte eine Priorität einzuräumen;
- vi) daß die Investitionen für die Förderung solcher Projekte in den Entwicklungsländern auf industrieller Ebene Export- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den Mitgliedstaaten bieten;
- vii) daß solche Projekte ebenfalls Investitionen durch europäische Privatunternehmen (Industrie, Banken, Finanzierungsinstitute) ermöglichen sollten, und daß jedes Kooperationsprojekt zwischen Privatunternehmen und öffentlichen Institutionen, die mit bi- oder multilateralen Aktivitäten befaßt sind, gefördert werden sollte;
- viii) daß der Europarat die Empfehlung der Konferenz unterstützen sollte, die die internationalen Organisationen auffordert, an der Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi<sup>1)</sup> mitzuwirken und somit eine rationellere Nutzung der Mittel zu erreichen, die die Staaten für die multilaterale Zusammenarbeit im Energiebereich verwenden;

8. nimmt mit Genugtuung die positive Antwort des Ministerkomitees<sup>2)</sup> auf die Empfehlung 886 (1979) betr. die Organisation von Intensivkursen über Energiefragen für Hochschulabsolventen zur Kenntnis;

9. bestätigt die Vorschläge, die in dem Bericht, den ihre Delegation anlässlich der von den Vereinten Nationen veranstalteten Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung (Wien, 20. bis 31. August 1979) vorlegte, enthalten sind und die darauf abzielen, daß der Beitrag des Europarates zur Entwicklungshilfe unter anderem durch eine Zusammenarbeit im Energiebereich mit den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen erfolgen könnte;

<sup>1)</sup> siehe Absatz 74 des Programms

<sup>2)</sup> 338. Sitzung des Ministerkomitees

## 10. empfiehlt demzufolge dem Ministerkomitee:

- i) das Programm der Intensivkurse für Hochschulabsolventen in bezug auf Energiefragen im Rahmen der ständigen Konferenz über Universitätsprobleme zu entwickeln und dabei insbesondere die Prioritäten zu berücksichtigen, die durch das Aktionsprogramm von Nairobi für die Entwicklung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen festgelegt worden sind;
- ii) ein System der Stipendienvergabe zu schaffen, um den Zugang der Staatsangehörigen der am stärksten benachteiligten Mitgliedstaaten des Europarates zu den Intensivkursen für Hochschulabsolventen zu erleichtern, wie sie die ständige Konferenz über Universitätsprobleme in bezug auf Energiefragen organisiert, wobei das System zum Vorbild genommen werden sollte, das für Lehrgänge im Bereich der Berufsbildung erfolgreich angewandt wird;
- iii) zu diesem Zweck die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen (UNESCO, UNIDO, HABITAT, usw.) auf der Ebene der Programmkonzipierung zu verstärken und die Teilnahme von Stipendiaten und Experten aus Mitgliedstaaten oder Nichtmitgliedstaaten sicherzustellen;
- iv) die Mitgliedstaaten aufzufordern, in ihren bilateralen Kooperationsprogrammen die Ziele, Prioritäten und Durchführungsvorschläge des Aktionsprogramms von Nairobi zu berücksichtigen.

## Richtlinie 407 (1982)

**betr. die Organisation einer Konferenz über den Beitrag Europas zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen und zu einer besseren Erhaltung der Ressourcen der Erde**

## Die Versammlung

....

....

9. weist darauf hin, daß es sich in den nächsten Jahren zeigen wird, ob es den Nationen im Norden und Süden gelingt, eine Überbevölkerung und schwerwiegende Verknappung der Ressourcen bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu verhindern;
10. vermerkt die Gefahren, die sich ergeben werden, wenn sich der gegenwärtige Stillstand in dem internationalen Dialog über diese dringenden Fragen fortsetzt;
11. beschließt, 1983 eine „Konferenz über den Beitrag Europas zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen und zu einer wirksameren Erhaltung der Ressourcen der Erde“ zu veranstalten, um folgende Themen zu erörtern:

## i) die Welternährungslage

- ii) die miteinander verbundenen Probleme des Bevölkerungswachstums und der raschen Erschöpfung der für das Überleben der Menschheit unbedingt erforderlichen Ressourcen;
- iii) die vorgeschlagenen globalen Verhandlungen sowie andere Wege, die zu internationalen Wirtschaftsreformen führen können;

12. beauftragt ihren Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung, in enger Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsausschuß, dem Ausschuß für Wissenschaft und Technologie und dem Ausschuß für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen diese Konferenz gemäß den in Dok. 4882 enthaltenen Vorschlägen mit dem Ziel zu organisieren, Vertreter der europäischen Regierungen und Parlamente und der betreffenden zwischenstaatlichen Organisationen und internationalen Nichtregierungsorganisationen zusammenzuführen.

## Tagesordnungspunkt:

**Europäische kulturelle Zusammenarbeit**

(Drucksache 4868)

Berichterstatter: Abg. Aano

*Ansprache des norwegischen Ministers für Kultur und Wissenschaft, Lars Langslet*

## Empfehlung 940 (1982)

**betr. die europäische kulturelle Zusammenarbeit**

## Die Versammlung

....

....

10. ist überzeugt, daß die europäischen Fachministerkonferenzen, die auf der „offenen“ Basis des Europäischen Kulturübereinkommens veranstaltet werden, ein wichtiges Instrument für die Erörterung der Probleme und allgemeinen Politiken in den Mitgliedstaaten auf ministerieller Ebene darstellen und eine Gesamtsicht der Aktivitäten der verschiedenen Organisationen, die im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit tätig sind, einschließlich der Europäischen Gemeinschaften, ermöglichen sollten;
11. bringt jedoch den Wunsch zum Ausdruck, die nationalen Parlamente und die Fachminister enger an den Arbeiten des Europarates, insbesondere an der Formulierung der Aktivitäten und ihren Folgemaßnahmen zu beteiligen, und erinnert demzufolge an Abs. 14 a der Empfehlung 746 (1975) betr. 25 Jahre europäische kulturelle Zusammenarbeit, der das Ministerkomitee



aufforderte, Sondersitzungen auf der Ebene der für Erziehung und Kultur zuständigen Minister der Mitgliedstaaten einzurichten;

12. betont die Bedeutung der Rolle der Nichtregierungsorganisationen beim Schutz des architektonischen Erbes und unterstreicht, daß es daher wünschenswert ist, eine dauerhafte und positive Zusammenarbeit zwischen diesen Organisationen und dem Europarat auf ministerieller, parlamentarischer und zwischenstaatlicher Ebene einzurichten, und erinnert daran, daß eine 1969 in Brüssel veranstaltete Konferenz dieser Art dazu führte, daß das Jahr 1975 zum Jahr des Europäischen architektonischen Erbes erklärt wurde;

13. empfiehlt dem Ministerkomitee:

a) bei der nächsten Überprüfung der Aktivitäten des Europarates im allgemeinen Bereich der Kultur und Erziehung:

i) diesen Bereich in seiner Gesamtheit (unabhängig von bestehenden Strukturen) zu erörtern;

ii) dem Auswahlverfahren für die Prioritäten und der Form der Aktivitäten des Europarates in diesem Bereich Beachtung zu schenken und dabei vor allem die Flexibilität, den praktischen Nutzen und die Auswirkungen, die diese Aktivitäten haben müssen, sowie die Bedeutung, die der Vermeidung von Doppelarbeit und der Einschränkung von Überschneidungen zukommt, zu berücksichtigen;

iii) nach Mitteln zu suchen, um die Fachminister enger an der Planung und Durchführung der Arbeiten des Europarates zu beteiligen und die Möglichkeit, Sondersitzungen des Ministerkomitees auf dieser Ebene zu veranstalten, zu prüfen;

iv) eine bessere Koordinierung der Arbeiten des Europarates sicherzustellen und die einzelnen Regierungen zu ermutigen, ihre Vertretung in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen des Europarates, in Fachministerkonferenzen und anderen Gremien, die im kulturellen Bereich in Europa tätig sind, zu koordinieren;

v) Vorkehrungen zu treffen, damit Informationen über die Aktivitäten des Europarates und die Maßnahmen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich in Form ansprechender Veröffentlichungen regelmäßig weiten Kreisen zugänglich gemacht werden, um Interessen zu wecken und Aktionen anzuregen;

vi) ausreichende Mittel für die kulturellen Aktivitäten des Europarates bereitzustellen, damit diese Organisation ihre Stellung als vorrangiges Instrument der kulturellen Zusammenarbeit in Europa tatsächlich behalten kann;

b) bei den europäischen Fachministerkonferenzen, der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Stiftung sowie anderen Organisationen, deren Arbeit eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene einschließt, eine offizielle oder inoffizielle Zustimmung zu dem Europäischen Kulturübereinkommen als Grundlage für eine Koordinierung der europäischen kulturellen Zusammenarbeit einzuholen;

c) periodische Tagungen der mit speziellen Kultur- und Bevölkerungsfragen befaßten Minister und der Vertreter der Parlamentarischen Versammlung und der betreffenden Nichtregierungsorganisationen zu organisieren, um gemeinsame Aktivitäten zu fördern.

Tagesordnungspunkt:

### **Die europäischen Lufttransportpolitiken**

(Drucksache 4883)

Berichterstatter: Abg. Björck

**Mittwoch, 28. April 1982**

Tagesordnungspunkt:

### **Die Verteidigung der Demokratie gegen den Terrorismus in Europa**

(Drucksache 4878)

Berichterstatter: Abg. Calamandrei

**Dr. Müller (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine lieben Kollegen! Lassen Sie mich nach der Rede meines Vorgängers zunächst eine kurze Vorbemerkung machen, die ich eigentlich nicht beabsichtigt hatte. Aber gerade bei den letzten Ausführungen, die er gemacht hat, habe ich das Gefühl gehabt, daß er eine innenpolitische Debatte aus seinem Lande auf eine Ebene der Terrorismusdebatte gezogen hat, wo sie sicher nicht Platz hat. Ich möchte diese Feststellung treffen, weil es mir notwendig erscheint, beim Thema **Terrorismus** beim Thema zu bleiben und dieses Thema nicht zu verfehlen.

Dem Kollegen Calamandrei möchte ich für den Bericht, den er vorgelegt hat, sehr herzlich danken. Das ist keine übliche Floskel, sondern ich meine das sehr ernst. Er ist ein wertvoller Bericht, eine wertvolle Zusammenfassung, und er dient uns allen, wenn wir in unseren Ländern in der politischen Auseinandersetzung um den Terrorismus Stellung zu nehmen haben.

In seinen Einleitungsworten hat Herr Calamandrei bereits darauf hingewiesen, daß die Geißel des Terrorismus fast alle europäischen Länder erfaßt hat.



Er hat vor allem Frankreich erwähnt, das in letzter Zeit besonders betroffen ist. Auch ich möchte ihm gerade als italienischem Kollegen mein Mitgefühl ausdrücken, daß gestern wieder ein italienischer Politiker von Terroristen ermordet worden ist. Das zeigt, wie gefährlich die aktuelle Situation nach wie vor auch in seinem Land ist trotz der großen Erfolge, die die italienischen Sicherheitsbehörden in der Bekämpfung des Terrorismus in letzter Zeit erzielt haben.

Besonders begrüße ich den Hinweis des Kollegen Calamandrei, daß sich offensichtlich **neue Ziele beim Terrorismus** herausgestellt haben, vor allem das Ziel, **das westliche Bündnis anzugreifen** und zu zerstören. Der Fall des Generals Dozier und der Attentatsversuch auf den General Kroesen in der Bundesrepublik zeigen, welche internationalen Ziele hier eine Rolle spielen. Gerade in meinem Land greift man nicht nur militärische Einrichtungen des Bündnisses und vor allem der verbündeten Truppen an, sondern überzieht neuerdings auch zivile Einrichtungen unter ganz bestimmten Aspekten mit terroristischen Aktionen. Ich denke etwa an Demonstrationen, die auch mit Terrorismus verbunden sind und terroristischen Hintergrund haben gegen Einrichtungen der Energieversorgung in der Bundesrepublik oder gegen den Bau von Verkehrseinrichtungen, wie z. B. eines Flughafens. Ein deutscher Minister, der Wirtschaftsminister des Landes Hessen, ist aus diesem Grunde von radikalen Gegnern eines Flughafenausbaus umgebracht worden, und revolutionäre Zellen haben dies ausdrücklich mit einem anonymen Flugblatt bestätigt.

Lassen Sie mich noch einen Punkt aufgreifen, der mir wesentlich erscheint. In Punkt 7 des Empfehlungsentwurfs heißt es, daß es entscheidend darauf ankommt, die Kampagne der Massenmedien gegen den Terrorismus zu stärken. Hier, meine lieben Kollegen, habe ich eine große Sorge. Denn zumindest in meinem Land ist es so, daß einige in den Massenmedien nicht etwa einen besonderen Kampf gegen den Terrorismus führen, sondern den **Terrorismus verharmlosen**, ja, sogar Propaganda für den Terrorismus betreiben. Es ist absonderlich, daß in meinem Land z. B. ein Buch, das einen Terroristen verherrlicht, den Jugendbuchpreis bekommt. Was soll man von jungen Menschen erwarten, die ein solches Buch in die Hand bekommen, in dem ein Terrorist als Held dargestellt wird? Wie soll man bei solcher „Erziehungsarbeit“ — wenn ich das einmal so formulieren darf — überhaupt überzeugend gegen den Terrorismus angehen können?

Es ist auch unmöglich, daß ein wegen versuchten Polizistenmords zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilter Terrorist als Literaturpreisträger gefeiert wird, einen Literaturpreis verliehen bekommt und zur Verleihung das Gefängnis verläßt, das er übrigens nur noch zum Schlafen betritt, obwohl er nicht dem Terrorismus und der gewalttätigen Auseinandersetzung abgeschworen hat, sondern sich ausdrücklich zu derartigen Kampfmaßnahmen bekennt und auch seine literarische Begabung von ernsthaften Kritikern durchaus in Frage gestellt wird. Was soll man davon halten, daß in verschiedenen Ländern, z. B. in

Großbritannien, ein „Anarchist Cookbook“ erscheint, in dem genaue Anweisungen stehen, wie man Molotow-Cocktails und ähnliches herstellt, um junge Menschen für den Terrorismus zu gewinnen?

Bei der Bekämpfung des Terrorismus ist es entscheidend, alles zu tun, damit der Terrorismus im Erziehungsbereich und im Bereich der öffentlichen Medien nicht gefeiert, gepriesen oder verharmlost wird, sondern genauso entschieden bekämpft wird, wie das Polizei und Justiz tun müssen.

**Rösch (FDP):** Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Ich will dem vielen Richtigen, was hier gesagt wurde, der Klarheit wegen nur drei Punkte hinzufügen und damit die Argumente, die bisher vorgetragen wurden, unterstützen.

Erstens. In Westeuropa gibt es keine Entschuldigung, keine Begründung, kein ideologisches Verständnis, keine ideologisch verbogene Rechtfertigung für Terror und für politischen Terrorismus. Man muß klar sagen, daß im freien Teil Europas **Gewalt gegen Menschen auf Grund politischer Motive** eindeutig und unmißverständlich **als kriminelle Handlungen zu bezeichnen** sind. Da gibt es keinen Zwischenraum und keine Grauzone des Verständnisses.

Insbesondere darf es eine solche Grauzone des Verständnisses nicht geben — das ist der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte —, wenn es sich um die Bewertung von Terrorakten in anderen Ländern handelt. Der spanische Kollege hat das soeben sehr überzeugend dargelegt. Diese Eindeutigkeit, die auch oft gezeigt wurde, hätten wir uns während der Zeit des aktiven Terrorismus in meinem Land überall gewünscht.

Drittens. Es hat sich gezeigt — lassen Sie mich das klar sagen —, daß Terrorismus nur zu bekämpfen ist, wenn es in Europa eine internationale Solidarität gibt. Es darf nicht sein, daß ein Terrorist, wenn er in einem anderen demokratischen Land gesucht und nach erfolgreicher Fahndung dort auch aufgegriffen wird, erst nach großen diplomatischen Kraftakten von diesem Land ausgeliefert wird, nur weil es drei Zeitungen und 120 Demonstranten für notwendig halten, entsprechend zu intervenieren. Ich habe diesen einen Fall, den ich noch in Erinnerung habe, nur als Beispiel gebracht, um auf die Problematik hinzuweisen. Ich glaube, es gehört zur Offenheit in diesem Hause, das einmal ganz klar zu sagen. Dabei bedarf es nicht der Wiederholung, daß die Bundesrepublik ein rechtsstaatliches Land ist, in dem niemand zu Unrecht verfolgt wird. Deswegen bedarf es bei entsprechenden Auslieferungersuchen in anderen Ländern auch keiner Rücksichtnahme, wie wir sie erlebt haben.

Ich sage das nur am Rande, weil ich deutlich machen will, daß die Solidarität in Europa eine der großen Voraussetzungen ist, um im Kampf gegen den Terrorismus zu bestehen. Ich habe mich zu Wort gemeldet, um zu sagen: Es darf dann auch innerhalb der Nationen Europas keine Ressentiments geben; denn

sonst gewinnen wir nicht den Kampf gegen den Terrorismus, sonst schaffen wir Verständnisinseln, sonst sind wir in unterschiedlicher Weise und zu unterschiedlichen Zeitpunkten den Herren Carlos und anderen ausgeliefert. — Danke schön.

**Pensky (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte diese zuletzt entstandene Kontroverse nicht noch vertiefen helfen. Ich habe durchaus Verständnis dafür, wenn man sich darüber ereifert, daß ein derartiger Terrorismus herrscht, den man noch nicht beherrscht.

Deshalb ist es gut und richtig, und auch notwendig, daß wir uns in dieser Versammlung gemeinsam zusammenfinden und uns immer wieder als drängendes Element zur **Bekämpfung des Terrorismus** betätigen, der uns alle bedrückt, in allen Ländern; und auch dort, wo er heute noch nicht ist, kann er morgen sein.

Dort, wo es Terrorismus gibt, erleben wir ihn aus den unterschiedlichsten Motiven; zumindest gibt man sie vor. Aber in der Anwendung der Methoden der Gewalt mit sich immer steigender krimineller Energie ist die Situation überall gleich.

Wenn wir als demokratisch gewählte Volksvertreter nicht mit aller Entschlossenheit und Geschlossenheit dagegen tätig werden, laufen wir Gefahr, daß die Bürger in unseren Ländern das Vertrauen in die Demokratie verlieren, weil sie meinen, eine demokratisch verfaßte Gesellschaft sei zu schlapp, um mit diesem Phänomen fertig zu werden. Hier liegt eine große Gefahr. Bei aller Entschlossenheit, zu der ich uns immer wieder ermuntere, dürfen wir uns und dürfen sich die Einzelstaaten nicht zu Überreaktionen verleiten lassen. Der demokratische Staat darf nicht seine Identität als demokratischer Staat verlieren. Mit diesem Schritt hätten wir nämlich den Terroristen schon recht gegeben. Das dürfen wir nicht tun. Deshalb ist also der Schwerpunkt auf eine verstärkte Zusammenarbeit aller Demokraten und aller demokratisch verfaßten Staaten zu legen.

Wir als Parlamentarische Versammlung haben da schon eine ganze Menge auf den Weg gebracht. Wir müssen nur helfen, es umzusetzen. Auch der heutige Bericht des Kollegen Calamandrei, zu dem ich ihn beglückwünschen möchte und den ich voll unterstütze, ist ein neuer Ansatzpunkt. Wir greifen alte Probleme wieder auf, um sie in Bewegung zu setzen. Aber das kann nicht — das möchte ich hinzufügen — das abschließende Konzept zur Bekämpfung des Terrorismus in Europa sein.

Es gibt auch andere gute Ansätze in diesem Hause, die sich in diesem Papier nicht widerspiegeln. Ich nenne nur etwa den Bereich der Logistik. Wir müssen nach den Erkenntnissen der Polizei davon ausgehen, daß wir **den Terroristen die logistische Basis entziehen** müssen. Hierzu haben wir schon Hilfestellungen geleistet oder sie zumindest angeboten.

Ich denke beispielsweise an das **Europäische Übereinkommen zum Waffenrecht**. Wir beklagen ständig, daß Waffen benutzt werden, daß Waffenlager angelegt werden. Wir schaffen ein Europäisches Über-

einkommen zum Waffenrecht, mit dem wir die Waffen besser unter Kontrolle bringen, aber wir erreichen nicht, dies nun auch in verbindliches europäisches Recht umzusetzen, weil leider allzu wenige europäische Staaten es ratifiziert haben. Auch ich habe meine eigene Regierung gedrängt, und ich darf sagen: mit Erfolg. Wir haben ratifiziert, und auch die Hinterlegung ist eingeleitet.

Ich denke auch daran, daß sich solche Straftäter - und Terroristen sind Straftäter, gemeine Straftäter — ständig tarnen können, daß sie über unsere offenen Grenzen und über unsere Grenzübergänge kommen, weil sie Identitätskarten haben, die gefälscht sind. Es ist ja so einfach, das zu tun. Das alles ist auch schon in Europa erkannt worden. Deshalb gibt es beispielsweise eine Absprache über eine einheitliche Identitätskarte, die fälschungssicher und verfälschungssicher sein kann. Wir in der Bundesrepublik Deutschland haben uns damit etwas schwer getan, schicken uns aber nunmehr an, eine solche fälschungssichere und verfälschungssichere Identitätskarte einzuführen. Nun höre ich, daß andere europäische Staaten, die das gleiche zu tun beabsichtigten, davon wieder Abstand genommen haben; wenn ich richtig informiert bin, auch Frankreich.

Ich will damit nur beispielhaft andeuten, daß es noch andere Bereiche gibt, wo wir den Faden wieder aufgreifen müssen, und daß auch einfache Dinge noch zu regeln sind, um den Terroristen die logistische Basis zu entziehen.

Wir werden also — das möchte ich abschließend sagen — intensiv weiter arbeiten müssen im Interesse der Sicherheit unserer Bürger, die wir nicht verunsichern dürfen, und damit auch im Interesse der Stabilisierung unserer freiheitlichen Demokratien. — Schönen Dank.

#### Empfehlung 941 (1982)

#### betr. die Verteidigung der Demokratie gegen den Terrorismus in Europa

##### Die Versammlung

1. hat den Bericht ihres Politischen Ausschusses über die Verteidigung der Demokratie gegen den Terrorismus in Europa (Dok. 4878) zur Kenntnis genommen;
2. verweist auf ihre Empfehlung 852 (1979) und 916 (1981);
3. stellt fest, daß der Angriff des Terrorismus gegen die Werte und Institutionen der parlamentarischen und pluralistischen Demokratie und gegen die Menschenrechte durchaus nicht nachläßt, sondern auf andere Mitgliedstaaten des Europarates übergreift, neue Lebensbereiche unserer Gesellschaften berührt und auf eine Veränderung der Beziehungen zwischen den westlichen Ländern hinzielt;
4. stellt ferner die Entwicklung von Verbindungen zwischen den verschiedenen terroristischen Strömungen sowohl auf nationaler als auch auf

westeuropäischer Ebene sowie das Entstehen von Verbindungen zwischen subversiven Organisationen unserer Region und ähnlichen Kräften in anderen Regionen und Kontinenten fest;

5. ist sich der Notwendigkeit einer engeren und wirksameren Verständigung zwischen den Mitgliedstaaten bewußt, um mit allen Mitteln, über die die Demokratie verfügt, den wachsenden und immer stärker konzentrierten Angriff des Terrorismus zu bekämpfen und zu besiegen;
6. begrüßt die am 26. Januar 1982 vom Ministerkomitee angenommene Empfehlung (82) 1, die einen bedeutenden Schritt in Richtung auf die Lösung der Probleme der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in der Terrorismusbekämpfung darstellt;
7. hofft, daß weitere Fortschritte in der Koordinierung der gemeinsamen Verteidigung der Demokratie gegen den Terrorismus erzielt werden, insbesondere durch ein mehr an die Natur der Sache angepaßtes rechtliches, gerichtliches und gesetzgeberisches Vorgehen, eine entschlossenere kulturelle und moralische Verurteilung der subversiven Gewalt, eine durchgreifendere Kampagne der Massenmedien und eine verstärkte Aktivierung der Öffentlichkeit und vor allem der Jugend;
8. stellt fest, daß zwei Mitgliedstaaten des Europarates (Irland und Malta) das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus nicht unterzeichnet und daß sechs Signatarstaaten (Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, die Niederlande und die Schweiz) es noch immer nicht ratifiziert haben;
9. empfiehlt dem Ministerkomitee:
  - a) dem Problem des Inkrafttretens des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus alle erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken und somit die in Empfehlung 916, Abs. 13 a) befürwortete Überprüfung der Aussichten für eine Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten vorzunehmen;
  - b) den Stand der Ratifikationen der Wiener Übereinkommen über die diplomatischen und konsularischen Beziehungen und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über völkerrechtlich geschützte Personen durch die Mitgliedstaaten und Drittstaaten zu überprüfen;
  - c) in Beratung mit der Versammlung und in Verbindung mit den Initiativen, die diese ergreifen könnte, die geeignetsten Formen für die Entwicklung gemeinsamer Aktionen zwischen den Mitgliedstaaten, den Vereinigten Staaten und Kanada zur Bekämpfung des Terrorismus in den Ländern mit einer parlamentarischen und pluralistischen Demokratie zu untersuchen;
  - d) den auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid von einigen Mitgliedstaaten unterbreiteten Vorschlag über die Verpflichtung aller Signatarstaaten der Schlußakte von Helsinki zu

einer konstruktiven Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen;

- e) den in Empfehlung 916, Abs. 13 h) enthaltenen Vorschlag über die Errichtung eines Studien- und Dokumentationszentrums für Ursachen, Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus mit Unterstützung durch Regierungen und Parlamente und mit Beiträgen von Nichtregierungsorganisationen auszuführen.

Tagesordnungspunkt:

### **Europa und Lateinamerika: Die Herausforderung der Menschenrechte**

(Drucksachen 4979 und 4876)

Berichterstatter:

Abg. Yanez-Barnuevo und Frau Gradin

**Rösch (FDP):** Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Die Menschen in Lateinamerika sind historisch, kulturell und in vielen Bereichen ihrer Lebensauffassung die natürlichen Partner Europas. Lateinamerika in seiner Entwicklung gibt Europa Chancen, aber ich glaube, daß Europa auch eine Chance, vielleicht die einzige Chance, für die Entwicklung in Lateinamerika ist. Verehrte Kollegen, lassen Sie es uns deutlich sagen: Latein- und Mittelamerika kann und darf nicht Ziel und Beute sowjetischer und kommunistischer Propaganda und Agitation sein. Überall dort, wo die Sowjetunion die Not der Menschen ausnutzt und mit ihren Fingern hingreift, sind Not und Elend noch größer als vorher; denken Sie an Mosambik; denken Sie an Angola, um nur diese Beispiele aus vergleichbaren Regionen Afrikas zu nennen. Überall dort, wo die Sowjetunion und der Kommunismus sich ausbreiten, gibt es — wenn es erlaubt ist, das zu relativieren — noch weniger Menschenrechte als vorher.

Wir haben also die Aufgabe, unseren Beitrag dazu zu leisten, daß ein Zugriff auf Mittel- und Südamerika von dieser Seite nicht passiert. Wir können dies aber nur dann sicherstellen, wenn wir bereit sind, uns auch den Ursachen der dortigen Probleme zu stellen, wenn wir nicht heuchlerisch über die Probleme hinweggehen, wenn wir nicht pharisäerhaft leugnen, daß Probleme der Arbeitsteilung — denken Sie an die Frage der Abnahme von Produkten aus lateinamerikanischen Ländern, z. B. an den Bereich der Textileinfuhren in die Europäische Gemeinschaft — natürlich auch eine Ursache für die Armut in Südamerika sind. Wir sollten da nicht mit erhobenem Zeigefinger Schuldzuweisungen an falsche Adressen richten.

Meine Damen und Herren, wir dürfen aber auch nicht übersehen, daß jeder, der die Einflußnahme der Sowjetunion in Mittelamerika verhindern will, klar sehen muß, daß man auch nicht hinnehmen darf, daß Mittel- und Südamerika zu einem Zankapfel wird, zu einem Ball, um den sich die beiden Groß-

mächte streiten. Denn auch die Spuren, die die Vereinigten Staaten von Amerika in diesem Teil der Welt hinterlassen haben, sind ja nicht Spuren, die man ausschließlich mit den Begriffen „Humanität“ oder „Hilfe zum wirtschaftlichen Wachstum“ beschreiben kann; denken Sie an die Politik der United Fruit Company, denken Sie an die Ausbeutung der Zinkgruben in Bolivien, denken Sie an die Monokulturen, die man dort hat entstehen lassen; denken Sie an all diese Dinge.

Wir müssen also dazu beitragen, daß unser Weg auf der Basis dieses **gemeinsamen kulturellen, politischen und historischen Erbes von Europa und Südamerika** der ist, daß wir für Südamerika ein Partner sind, der diese Region nicht auf seine Seite ziehen will, ein Partner, der, ohne Großmachtvorstellungen zu haben, die Selbständigkeit Südamerikas akzeptiert und der gemeinsam, Seite an Seite mit Südamerika versucht, dort eine Entwicklung möglich zu machen.

Ich denke also, daß es — und das ist eine wichtige Frage europäischer Politik — unsere Aufgabe ist, in Lateinamerika dafür zu sorgen, daß die Menschen, um die es geht, die Menschen Lateinamerikas, nicht zum Opfer der Großmachtpolitik der beiden Großmächte dieser Erde werden. — Danke schön.

**Jäger (Wangen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! Der Resolutionsentwurf in Dokument 4879 ist in seinen Grundsätzen sehr zu begrüßen. Menschenrechte haben universelle Bedeutung und Geltung, und kein Kontinent darf, unter welchem Vorwand auch immer, aus der sorgfältigen Beobachtung ausgeklammert werden, ob seine Staaten und Regierungen die Menschenrechte ernst nehmen. Es gibt kein ungeeigneteres Gebiet als die **Menschenrechte** für Blindheit auf einem Auge oder für eine Politik mit doppeltem Boden. Wer die Menschenrechtsverletzungen durch lateinamerikanische Militärdiktaturen großzügig übergeht und nur nach Osteuropa schaut, ist als Menschenrechtsvorkämpfer ebenso unglaublich unwürdig wie jener, der die Opfer des Archipels Gulag oder die unterdrückten Gewerkschafter in Polen über den Grausamkeiten in lateinamerikanischen Gefängnissen vergißt.

Deshalb gelten nicht nur unsere Sympathie und unser Mitgefühl, sondern auch unsere aktive politische und moralische Unterstützung allen Menschen, die im Widerspruch zu den auch in **Lateinamerika** geltenden Menschenrechten verfolgt und unterdrückt werden. Aus diesem Grunde unterstützen auch wir deutschen Christlichen Demokraten die Forderungen, die in dem Resolutionsentwurf des Politischen Ausschusses erhoben werden. Ich kann es mir versagen, diese Forderungen im einzelnen darzustellen oder zu wiederholen.

Lassen Sie mich vielmehr, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, zu zwei schweren Unausgewogenheiten und Unrichtigkeiten des Entwurfs Stellung nehmen, die, wenn sie nicht beseitigt würden, das politische Gewicht und die moralische Wirkung dieser Resolution empfindlich beeinträchtigen müßten.

Erstens. Ein einziges Land Mittelamerikas wird unter allen Ländern, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen geschehen, durch namentliche Nennung herausgehoben und dadurch diskriminiert. Ich meine **El Salvador**. Dies ist ungerecht und einseitig. Der Text von Ziffer 14 Buchstabe c ist darüber hinaus inzwischen überholt und inhaltlich unrichtig geworden. Ich darf auf die Wahlen verweisen und auf das, was mein Kollege Blenk dazu gesagt hat. Es klingt wenig logisch, wenn in Ziffer 11 des Resolutionsentwurfs die Rolle der katholischen Kirche gewürdigt wird, diese Wahlen in El Salvador aber, die von der katholischen Kirche akzeptiert und gefördert worden sind, nach wie vor hier im Hause als Farce bezeichnet werden. Es macht auch keinen großen Eindruck auf mich — das sage ich offen —, wenn Kolleginnen oder Kollegen, die nicht in El Salvador gewesen sind, die unbezweifelbaren und genauen Ausführungen von Kollegen beiseite schieben, die während dieser Wahlen an Ort und Stelle waren und sich persönlich ein Bild machen konnten. Wenn El Salvador erwähnt wird, wo, so frage ich, bleibt dann Kuba, wo bleibt Nicaragua?

Zweitens. Ein einziger Staat, dem in Mittelamerika Einmischung von außen vorgeworfen wird, wird in dem Resolutionsentwurf durch namentliche Nennung herausgehoben, nämlich die USA. Die Behauptung, die in Ziffer 14 Buchstabe d aufgestellt wird, die USA intervenierten dort mit Streitkräften, ist unrichtig. Sie haben dort Berater, aber keine Streitkräfte. Wer aus einem noch so verständlichen Zorn blind und einseitig urteilt, wird den Menschenrechten und den Menschen dort keinen Dienst tun. Aus diesem Grunde gibt es auch Änderungsanträge — ich meine die Änderungsanträge 3 und 4 —, auf die ich noch zu sprechen komme.

Zurück zum weitaus überwiegend positiven Inhalt des Resolutionsentwurfs. Der Europarat als Wahrer und Hüter der Menschenrechte auf unserem Kontinent und als Vorkämpfer der Menschenrechte in der ganzen Welt legt mit den in diesem Resolutionsentwurf formulierten Forderungen ein großartiges Bekenntnis zu seiner wichtigsten Aufgabe ab. Die Zusammenarbeit mit den demokratischen Staaten Lateinamerikas, die Überwindung wirtschaftlicher und sozialer Not auf diesem Kontinent, Schutz und Hilfe für alle Verfolgten und Unterdrückten, Unterstützung für Gewerkschaften und andere freiheitliche, den Menschenrechten dienende Organisationen, das alles ist ein Programm, das unsere Unterstützung und die baldige und durchgreifende Verwirklichung durch unsere Regierungen verdient. — Ich danke Ihnen.

Tagesordnungspunkt:

### Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 4873)

Berichterstatte:

Douglas Hurd (Staatsminister im britischen Amt für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten)

**Donnerstag, 29. April 1982**

Tagesordnungspunkt:

**Europa und Lateinamerika:  
die Herausforderung der Menschenrechte**

(Fortsetzung der Aussprache)

*Abg. Jäger (Wangen) spricht gegen einen Änderungsantrag zum nachstehenden Entschließungstext, der als dessen Ziffer 7 angenommen wurde:*

**Jäger (Wangen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Niemand kann dagegen sein, daß die Völker Lateinamerikas ihre Identität finden, sie aus eigener Kraft finden und sie ohne Einmischung von außen finden. Deswegen wäre gegen die Tendenz des Änderungsantrags unseres Kollegen Verde nichts einzuwenden, wenn er nicht einen Fehler hätte: daß er wiederum in, wie mir scheint, willkürlicher Form die Vereinigten Staaten erwähnt, Kuba zwar auch, aber nicht die Macht nennt, deren verlängerter Arm Kuba ist, nämlich die Sowjetunion, für die Kuba in der ganzen Welt zum Helfershelfer und zur Einsatzarmee geworden ist. Deswegen würde der Zusatz des Kollgen Verde wiederum nur bewirken, daß die Kraft unserer Aussagen, die Herr Verde selber befürwortet, leiden müßte unter der Einseitigkeit der Nennung einer Weltmacht und der Weglassung einer anderen Weltmacht, die genauso in diese Region hineinzuwirken versucht. Daher kann ich dem Änderungsantrag, der von Herrn Kollegen Verde vorgetragen wird, nicht zustimmen.

*Abg. Jäger (Wangen) spricht sich gegen die Beibehaltung von Absatz 14 c der nachstehenden Entschließung aus:*

**Jäger (Wangen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als am Ende der gestrigen Debatte die Vorsitzenden der beiden Kommissionen, die sich mit dem vorliegenden Entschließungsentwurf zu befassen hatten, die verehrte Frau Kollegin Gradin und der Kollege Urwin, ihre zusammenfassenden Eindrücke schilderten, haben beide mit bewegenden Worten auf Vorgänge hingewiesen, die sich in einem lateinamerikanischen Land, nämlich in Argentinien, zutrugen, und Frau Gradin hat uns dankenswerterweise zudem auf ein Buch hingewiesen, das Gefängnispraktiken in diesem Lande, die uns alle nachdenklich machen, schildert. Ich selbst habe Auszüge aus diesem Buch lesen können.

Nach diesen Ausführungen wäre ja eigentlich seitens des unbefangenen Lesers der vorgeschlagenen Resolution zu erwarten gewesen, daß, wenn überhaupt ein lateinamerikanisches Land exemplarisch für alle anderen wegen der dort vorkommenden grausamen Unterdrückung der Menschenrechte mit Namen genannt worden wäre, dies die Republik Ar-

gentinien gewesen wäre. Nun steht aber nichts von Argentinien darin, und auch alle anderen Länder werden nicht genannt; vielmehr wird in diesem Resolutionsentwurf ein einziges Land namentlich erwähnt, und das ist **El Salvador**. Dies scheint mir eine unangemessene einseitige Diskriminierung dieses Landes darzustellen, obwohl ich weiß, daß in diesem Lande schwere Menschenrechtsverletzungen vorgekommen sind und noch vorkommen. Aber sie kommen in vielen anderen Ländern auch vor, und ich darf nochmals auf das verweisen, was die beiden Präsidenten gestern am Schluß ihrer Ausführungen erwähnt haben, als sie auf ein anderes Land Bezug genommen haben.

Die Kommissionen hätten zwei Möglichkeiten gehabt. Die erste Möglichkeit wäre die gewesen, von den Ländern, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen festgestellt werden, in der Resolution eines nach dem anderen zu erwähnen, die Problematik aufzuzeigen und eine Empfehlung zu geben.

Die zweite Möglichkeit: Man hätte sagen können — und so ist es in der Resolution dann ja auch geschehen —, wir greifen in allgemeiner Form diese Menschenrechtsverletzungen auf, verurteilen sie und plädieren für Maßnahmen, mit denen diesen Ungerechtigkeiten wirkungsvoll begegnet werden kann. So ist die Resolution aufgebaut, so ist sie gut, und so sollte sie von uns akzeptiert werden.

Aber, meine verehrten Kolleginnen und meine Herren Kollegen, mit diesem Grundtenor der Resolution steht die Tatsache, daß nur ein einziges Land beim Namen genannt wird, alle anderen aber weggelassen werden, in krasssem Widerspruch. Ist etwa, so frage ich, der Schrei eines Gefangenen aus Argentinien oder aus Guatemala für uns weniger dringlich, dringt er weniger stark an unser Ohr als der Schrei eines Gefolterten oder Gefangenen aus El Salvador? Das kann doch nicht sein!

Deswegen, meine Damen und Herren, bitte ich Sie herzlich und dringend, dieser Resolution ihr moralisches Gewicht wiederzugeben, indem wir die Ziffer c) streichen. Dann wird die Resolution verdoppeltes Gewicht haben und wird uns in die Lage versetzen, wirkungsvolle Menschenrechtspolitik zu machen. — Herzlichen Dank.

*Abg. Jäger (Wangen) nimmt gegen einen Änderungsantrag Stellung, der in der nachstehenden Entschließung als Absatz 14 d angenommen wurde:*

**Jäger (Wangen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit ich mich nachher, wenn über den Änderungsantrag 4 abgestimmt wird, sehr kurz fassen kann, weil der gleiche Gedanke ja schon hier meinen Erwägungen zugrunde liegt, möchte ich jetzt meine Bedenken gegen die einseitige Hervorhebung der Politik der **Vereinigten Staaten von Amerika** geltend machen.

Die Verfasser dieses Zusatzantrages übersehen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika in einem Zeitraum, den wir vielleicht schon vergessen haben, einer demokratischen Kraft, einer ursprünglich demokratisch gewesenen Kraft, zum Erfolg verholfen ha-

ben, nämlich dem Regime Fidel Castro auf Kuba. Sie haben daraus bittere Lehren ziehen müssen. Das Land Kuba ist heute zum verlängerten Arm der Sowjetunion in dieser Region geworden und versucht — mein verehrter Herr Vorredner hat Nicaragua erwähnt — durch eine geradezu gigantische Aufrüstung Nicaraguas den Einfluß in dieser Region in einer unangemessenen Form und in einem unangemessenen Umfang auszuweiten.

Wenn hier nur davon geredet wird, daß der Einfluß der Vereinigten Staaten von Amerika in eine Form gebracht werden soll, die es diesen Völkern erlaubt, ihre Politik der Menschenrechte so durchzuführen, wie es den Menschen dient, dann ist das wiederum eine Einseitigkeit und eine Ungerechtigkeit, die andere Einflüsse vor der Tür läßt, obwohl sie gesehen werden müssen.

Deswegen möchte ich mich gegen diesen Zusatzantrag wenden, der unserer Stellung als Europarat nicht gerecht werden würde. Ich danke Ihnen.

*Ein weiterer Änderungsantrag von Abg. Jäger (Wangen), in Absatz 14 e der nachstehenden Entschlie-ßung die Worte „und der Vereinigten Staaten“ zu streichen, wird abgelehnt.*

#### Entschlie-ßung 774 (1982)

#### **betr.: Europa und Lateinamerika „Die Herausforderung der Menschenrechte“**

##### Die Versammlung

1. hat die Berichte des Politischen Ausschusses und des Ausschusses für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen über das vom 16. bis 18. Oktober 1981 in Madrid veranstaltete Symposium „Europa und Lateinamerika: die Herausforderung der Menschenrechte“ (Dok. 4876 und Dok. 4879) geprüft;
2. stellt fest, daß die Rolle Europas bei der Förderung der Menschenrechte in Lateinamerika zum ersten Mal in einem so großen Forum erörtert worden ist;
3. nimmt auf ihre Entschlie-ßung 722 (1980) über die Situation der Menschenrechte in Lateinamerika Bezug;
4. stellt fest, daß sich die Situation der Menschenrechte in einigen lateinamerikanischen Ländern seit Annahme der Entschlie-ßung 722 (1980) ständig verschlechtert hat;
5. protestiert besonders gegen die Anwendung von Notstandsgesetzen zur Verschleierung der repressiven Methoden der Regierungen und gegen die Praktiken der Zwangsverschleppung und Folter;
6. ist ernsthaft besorgt über die tragische Situation in Mittelamerika, das von Bürgerkriegen zerrissen wird, die durch ausländische Einmischung gefördert und verschärft werden; und betont gleichzeitig, daß die Völker in Mittelamerika nach Gerechtigkeit und Chancengleichheit streben;
7. berücksichtigt die Notwendigkeit einer neuen Bewertung — wie sie bereits mehrere Regierungen in Europa und Amerika vorgenommen haben — der politischen Lage in Lateinamerika ohne Anwendung des traditionellen Ost-West-Schemas und einer neuen Bewertung des Erfordernisses, die Entwicklung der in der Region vorhandenen demokratischen Kräfte zu fördern, die nicht in die kubanische Einflußsphäre geraten wollen, die aber auch die Formen nord-amerikanischer Intervention, wie sie sich bisher häufig entwickelt haben, mißbilligen;
8. vertritt die Ansicht, daß eine positive Entwicklung in Richtung auf die Achtung der Menschenrechte und demokratischen Grundsätze in sehr vielen lateinamerikanischen Staaten nicht ohne erhebliche, international unterstützte Anstrengungen zur Überwindung der wirtschaftlichen Unterentwicklung und zur Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten herbeizuführen ist;
9. verleiht dem Wunsch Ausdruck, daß die Amerikanische Menschenrechtskonvention von weiteren Staaten ratifiziert wird, und begrüßt gleichzeitig die Annahme der Fakultativklausel, in der die Zuständigkeit des Amerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte anerkannt wird, durch vier Staaten (Costa Rica, Honduras, Venezuela und Peru);
10. hofft, daß die bereits bestehenden Kontakte zwischen den Organen der Amerikanischen und der Europäischen Menschenrechtskonvention und ihren jeweiligen Sekretariaten verstärkt und eine Zusammenarbeit insbesondere im Hinblick auf Erziehung, Förderung und Verständnis im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten erzielt werden kann;
11. betont die konstruktive und ermutigende Rolle der katholischen Kirche beim Schutz der Menschenrechte in einigen lateinamerikanischen Staaten;
12. beklagt die brutale Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegungen und die massiven Verletzungen gewerkschaftlicher Rechte und Freiheiten in einer großen Zahl lateinamerikanischer Staaten;
13. ist von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Mitgliedstaaten des Europarates den zum Exil verurteilten lateinamerikanischen Demokraten weiterhin Asyl gewähren;
14. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates auf:
  - a) jede Militärhilfe für Unterdrückungsregime und jeden Besuch solcher Regime durch Militärdelegationen einzustellen und wirtschaftliche Hilfeleistungen auf Maßnahmen zu konzentrieren, die ausschließlich den ärmsten Bevölkerungsschichten zugute kommen und die die jeweilige Regierung in keiner Weise unterstützen;
  - b) im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation Maßnahmen zu ergreifen, um die Beteiligung sogenannter Gewerkschaften von Unterdrückungsregimen an der Arbeit

dieser Organisation solange auszusetzen, bis in Haft gehaltene Gewerkschaftsführer freigelassen und die freie Ausübung gewerkschaftlicher Rechte wiederhergestellt sind;

- c) eine Lösung der Krise in El Salvador durch Verhandlungen zwischen den betreffenden Parteien, der Regierung und der in der „Revolutionären Demokratischen Front (FDR)“ zusammengeschlossenen Opposition zur Beendigung des Bürgerkriegs und zur Schaffung einer pluralistischen Demokratie zu fördern;
- d) die Regierung der Vereinigten Staaten aufzufordern, in den Richtlinien ihrer Lateinamerika-Politik die Notwendigkeit einer Neubewertung der politischen Lage ohne Anwendung des traditionellen Ost-West-Schemas zu berücksichtigen und die Entwicklung der in dieser Region bestehenden demokratischen Kräfte zu fördern;
- e) die Regierungen der mittelamerikanischen Staaten und der Vereinigten Staaten anzuhalten, mit einem Abbau der militärischen Streitkräfte in dieser Region zu beginnen und zu diesem Zweck Nichtangriffspakte auszuarbeiten;
- f) die nationalen Ausschüsse zum Schutz der Menschenrechte und andere humanitäre Organisationen, die in Lateinamerika tätig sind, zu unterstützen und humanitäre Hilfe für die Opfer der Konflikte zu leisten;
- g) den Bedingungen, unter denen Flüchtlinge leben und ihrer beruflichen und politischen Tätigkeit nachgehen müssen, besonderes Augenmerk zu schenken und ihre Politik und Gesetzgebung in dieser Frage zu harmonisieren;
- h) alle ausländischen Eingriffe in die inneren Konflikte der lateinamerikanischen Staaten zu brandmarken und zu verurteilen und ihre Vertreter bei den Vereinten Nationen anzuweisen, Maßnahmen zu ergreifen, um solche Einmischungen zu vermeiden;
- i) eine gemeinsame Politik der Zusammenarbeit mit den demokratischen Staaten Lateinamerikas auf der Grundlage der in der vorliegenden Entschließung aufgeführten Prinzipien zu entwickeln und dabei die Gewährung von Wirtschaftshilfe an diejenigen Länder zu berücksichtigen, die diese zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Ursachen von Spannung und Ungerechtigkeit benötigen. Besondere Unterstützung sollten die wenigen demokratischen Länder Lateinamerikas bei der Überwindung ihres gegenwärtigen schwerwiegenden wirtschaftlichen Ungleichgewichts erhalten;
- j) in den zuständigen internationalen Institutionen, besonders im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen und der OECD, eine Haltung einzunehmen, die den in der

vorliegenden Entschließung enthaltenen Prinzipien entspricht.

Tagesordnungspunkt:

## Die Krise im Südatlantik

(Drucksache 4893)

Berichterstatter: Abg. Reddemann

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Wenn ich die Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung Europas heute in ein Wort kleiden sollte, dann würde ich das Wort „fassungslos“ wählen. Denn die meisten von uns halten es für undenkbar, daß zwei zivilisierte Staaten in dieser Zeit mit militärischen Mitteln aufeinander losgehen. Sie halten es für undenkbar, daß nach einer Phase vernünftiger und offenbar auch zukunfts-wirksamer Verhandlungen plötzlich nicht mehr der Diplomat, sondern der Militär sprechen soll. Ich glaube, wir sollten zu Beginn einer solchen Debatte dieser Fassungslosigkeit Ausdruck geben.

Ein Zweites, was wir heute morgen an den Beginn unserer Debatte stellen sollten, Herr Präsident, ist die Erkenntnis, daß es unsere Aufgabe sein muß, die am Konflikt beteiligten Parteien aufzufordern, nun nicht zu versuchen, etwas mit einer militärischen Eskalation zu lösen, was eigentlich nur mit friedlichen Mitteln lösbar ist. Wir sollten daher die ebenso herzliche wie dringende Bitte an die beteiligten Regierungen richten, ihrerseits nichts zu tun, was eine friedliche Lösung endgültig verbauen könnte.

Blutvergießen, meine Damen und meine Herren, war nur in den seltensten Fällen positiv richtungsweisend für die Zukunft. Blutvergießen hat in den meisten Fällen in der Geschichte dazu geführt, daß die Auseinandersetzungen zwar vielleicht kurzfristig beendet werden konnten, aber in der Regel zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufbrachen und dann oft sehr viel schwieriger zu lösen waren als vorher.

Deswegen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, möchte ich einen leidenschaftlichen Appell an alle richten, die nur irgendeine Möglichkeit haben, in diesem Konflikt friedlich zu vermitteln, diese Vermittlung auch zu versuchen, damit man das Schlachtfeld vermeidet und zur diplomatischen Mission, zum Verhandlungstisch zurückkommt.

Aber auch dies sollte man in der gebotenen Deutlichkeit sagen: Der Wunsch nach Frieden darf uns nicht daran hindern, die Verantwortung für die augenblickliche Situation klar herauszustellen. Sie darf nicht dazu führen, daß wir — weil wir zwischen beiden Fronten zu vermitteln suchen — Lob und Tadel nach beiden Seiten ausgeglichen verteilen. Wir müssen eindeutig konstatieren: Die Aktion der argentinischen Junta war ein Verstoß gegen das internationale Recht, war ein Verstoß gegen die Regeln der Völkerfamilie; und die **Besetzung der Falkland-Inseln** — oder Malvinen-Inseln, wie immer Sie es nen-



nen wollen — ist ein Verbrechen im Sinne der Grundsätze der Vereinten Nationen.

Natürlich wissen wir, daß es sehr unterschiedliche Auffassungen über die Zukunft dieser Inselgruppe gibt. Wir wissen, daß die einen die Auseinandersetzung darüber unter dem Stichwort führen, nun sei wieder ein Stück Entkolonialisierung notwendig. Wir wissen auf der anderen Seite, daß ein anderer Teil die Diskussion lediglich mit der Überlegung führt: Was will die Bevölkerung dieser Inselgruppe? Was möchte sie in Zukunft? Mit welchem Staat möchte sie verbunden sein? Möchte sie weiterhin zum Vereinigten Königreich gehören, oder möchte sie mit Argentinien zusammenarbeiten?

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen — und das ist für uns ein entscheidendes Moment — hat im Jahre 1965 die Parteien aufgefordert, ihre Verhandlungen unter Berücksichtigung beider Überlegungen zu führen, d. h. sowohl unter dem Aspekt der Entkolonialisierung als aber auch unter dem Aspekt des Selbstbestimmungsrechts der Menschen auf diesen Inseln. Ich verrate Ihnen sicher kein Geheimnis, wenn ich feststelle, daß die Verhandlungen nicht zuletzt deswegen immer wieder in Schwierigkeiten geraten sind, weil die Mehrheit der Bevölkerung, ja, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung nicht die Absicht hatte, sich in Argentinien inkorporieren zu lassen, weil die Bevölkerung dieser Inseln die britische Staatsbürgerschaft nicht mit der argentinischen vertauschen wollte.

Man mag heute natürlich sagen, 17 Jahre Verhandlungen seien eine viel zu lange Zeit, und man könne ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, wenn die Regierung in Buenos Aires meine, man müsse nun mit anderen als mit Verhandlungsmitteln an die Lösung herangehen. Aber, meine Damen und meine Herren, wir würden unseren eigenen Prinzipien voll und ganz widersprechen, wenn wir uns diese Auffassung zu eigen machten. Nichts darf eine Regierung dazu veranlassen, vom Verhandlungstisch aufzustehen und ihre Aktionen mit kriegerischen Mitteln fortzusetzen, wenn es andere, friedliche Mittel zu einer Lösung gibt.

Die argentinische Regierung hätte beispielsweise die Möglichkeit gehabt, die Vereinten Nationen noch einmal mit der Angelegenheit zu befassen. Sie hätte die Möglichkeit besessen, sich an den Internationalen Gerichtshof zu wenden, um von dort eine Entscheidung zu erbitten. Sie hat es nicht getan. Sie hat zum Mittel militärischer Gewalt gegriffen. Wir müssen uns heute fragen, warum sie dies getan hat.

Argentinien ist ein zivilisierter Staat, ich sagte es. Aber ich kann leider nicht behaupten, daß die gegenwärtigen Machthaber in Argentinien, daß die Junta des Generals Galtieri zu zivilisierten Mitteln greift, wenn sie in der Innen- wie in der Außenpolitik tätig wird. Wir haben gestern in unserer Debatte die erschütternden Berichte über Argentinien gehört. Wir haben unser Entsetzen über das, was dort im Innern des Landes geschieht, nicht einmal in Worte kleiden können. Wir müssen heute hinzufügen, daß dieses Land nicht nur unter einer erschreckenden Verletzung der Menschenrechte leidet, sondern daß es dar-

über hinaus in eine Wirtschaftskrise und in eine soziale Krise geraten ist, in der die Menschen immer stärker darauf aus sind, das Regime des Generals Galtieri zu beseitigen. Die Massenkundgebungen, die zwei Tage vor der Besetzung der Falklandinseln in Buenos Aires stattfanden und das Regime bis an den Rand des Zusammenbruchs trieben, machten deutlich, daß die innenpolitische Situation des Landes die Junta zu dieser Gewaltaktion veranlaßte. Wie von so vielen anderen Diktatoren vorher und, ich befürchte, von so manchem Diktator nachher, wurde auch hier versucht, innenpolitische Probleme durch ein außenpolitisches Abenteuer zu beenden. Gerade weil man versucht hat, ein instabiles Regime durch die Weckung von Emotionen in der unterdrückten Bevölkerung mit einem außenpolitischen Abenteuer abzustützen, ist es für uns zwingend notwendig, die Situation eindeutig zu beschreiben und uns nicht mit einer sogenannten ausgeglichenen Erklärung aus der Affäre zu ziehen. Ich sage offen, ich bin deswegen den Europäischen Gemeinschaften dafür dankbar, daß sie bei der Regierung in Buenos Aires nicht nur mit ein paar wohlgesetzten Worten ihren Protest angemeldet haben, sondern daß sie sich mit Sanktionen im Geiste der Charta der Vereinten Nationen daran beteiligen, ein Abenteuer zu beenden, das in der Tat nur das Abenteuer einer Diktatur sein kann.

Meine Damen, meine Herren, gestatten Sie mir in dem Zusammenhang eine Bemerkung. Wir sind uns alle darüber im klaren, daß eine solche Auseinandersetzung nicht von jedermann sofort verstanden werden kann. Wir müssen sogar befürchten, daß in einigen lateinamerikanischen Staaten die Sorge besteht, hier sei der alte europäische Kolonialismus wieder ausgebrochen, hier hätten wir uns möglicherweise erneut auf die Kanonenbootpolitik des 19. Jahrhunderts eingeschworen und hätten vergessen, daß die Gleichberechtigung der Staaten eine Selbstverständlichkeit unserer Tage sei.

Meine verehrten Kollegen, ich halte es für zwingend notwendig, hier festzustellen: Unsere Verurteilung der Militäraktion der argentinischen Junta ist kein europäischer Chauvinismus, kein Rückfall in den Kolonialismus. Jede europäische Regierung, die sich eines ähnlichen Verbrechens gegen die grundlegenden Regeln der Völkerfamilie schuldig machen würde, müßte mit einer gleichen Verurteilung durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates rechnen. Wir plädieren nicht aus der Überheblichkeit alter Völker gegenüber jungen Nationen, wir plädieren für das friedenserhaltende Prinzip, das Gewaltanwendung zur Lösung von Problemen untersagt. Ich meine, es gehört zur Aufgabe Ihres Berichterstatters, eine solche Klarstellung vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine letzte Bemerkung machen. Ich habe mit Erschrecken gelesen, daß Mitglieder der argentinischen Junta erklärt haben, hätten sie gewußt, daß ihre Gewaltaktion auf den Inseln zu einer solchen internationalen Reaktion führen würde, dann wären sie zu diesem Schritt nicht bereit gewesen. Das heißt, hier hat sich wieder einmal gezeigt, daß Diktaturen allzu-



gern unsere Friedfertigkeit mit der Aufforderung zur Aggression gegen einen friedfertigen Staat verwechseln. Ich meine, als Antwort darauf muß unsere Erklärung heute ebenfalls einen härteren Akzent aufweisen, als man ihn sonst normalerweise in diesem Saal setzt.

In dieser Debatte sollten wir aber auch noch einen anderen wichtigen Punkt setzen. Wir sollten die lateinamerikanischen Demokratien herzlich bitten, auch ihre Vermittlungsmöglichkeiten in dem Konflikt einzusetzen, damit aus der gegenwärtigen Krise nicht eine langwierige Verstimmung wird, die eine gute Zusammenarbeit zwischen den Demokratien in Europa und Lateinamerika schädigen könnte.

Ich richte meine herzliche Bitte an Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, dem Entwurf unserer Entschließung zuzustimmen, um damit klarzumachen, daß es immer die Aufgabe des Europarates ist, dort, wo die anerkannten Regeln der Völkerfamilie verletzt werden, warnend, mahnend und notfalls auch sehr ernst seine Stimme zu erheben.

**Dr. Geßner (SPD):** Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine kurzen Bemerkungen mit dem Eingeständnis beginnen, daß ich es für ziemlich abwegig gehalten hätte, wenn mir etwa vor einem Vierteljahr jemand gesagt hätte, daß eine militärische Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und Argentinien bevorstehen könnte.

In der Zwischenzeit hat sich die Situation gefährlich zugespitzt; wir alle wissen das. Ich ziehe daraus zunächst zwei Schlußfolgerungen.

Erstens. Der Weltfriede kann heutzutage auch durch Ereignisse gefährdet werden, die nicht zu den neuralgischen internationalen Gefahrenquellen gehören. Es kann irgendwo in der Welt ein Konflikt ausbrechen, der uns alle mit in die Tiefe reißen könnte, und zwar an einem Punkt, der gar nicht so sehr wie viele andere Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen, im Mittelpunkt unseres Interesses steht.

Zweitens. Das Beispiel der **Falkland-Inseln** und der Aggression, die dort vorgenommen worden ist, zeigt mir darüber hinaus, was passieren kann, wenn Staaten oder ein Teil ihrer Territorien schutzlos sind. Ich habe nämlich keinen Zweifel daran, daß die Entfernung zwischen Mutterland und Falkland-Inseln von 12 000 km eine gewisse Verführung für die Junta in Buenos Aires gewesen ist, dieses Problem mit dem Mittel der Gewalt lösen zu wollen.

Ich muß hier eindeutig sagen: Wir müssen stets dafür kämpfen, daß das Prinzip des Gewaltverzichts uneingeschränkt aufrechterhalten bleibt. Konflikte zwischen Staaten müssen heutzutage friedlich gelöst werden! Der Krieg ist kein Mittel, mit dem man Probleme aus der Welt schaffen kann. Die Erfahrung zeigt über viele, viele Jahrhunderte hinweg: Krieg hat eigentlich nur neue Probleme geschaffen, beseitigt worden sind sie durch ihn nie.

Die Aggression der Argentinier ist gleichzeitig ein Angriff auf die Souveränität eines Staates, und ich verstehe sehr gut, daß sich Großbritannien auf Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen beruft, in der sowohl das individuelle als auch das kollektive Selbstverteidigungsrecht der Staaten garantiert worden ist.

Es ist eben schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß südamerikanische Staaten gegenseitig eine Reihe von Gebietsforderungen erheben. Dies führt mich zu dem Schluß, daß durch diese Aggression ein gefährlicher Präzedenzfall geschehen ist, und diese Entwicklung muß man bekämpfen.

Nun habe ich im Laufe der Debatte mehrfach — vor allem im Politischen Ausschuß — gehört, es gehe hier um einen Akt der Entkolonialisierung. Ich habe mich in der Zwischenzeit mit dem historischen Problem etwas beschäftigt und dabei wahrgenommen, wie kompliziert die ganze Materie ist. Sie ist wirklich außerordentlich kompliziert. Eines steht für mich jedoch fest: Wenn wir heute anfangen wollten, die Gebietsansprüche zu realisieren, die in der Welt, die in Europa erhoben werden, müßten wir zu einer Neuordnung Europas und der ganzen Welt kommen. Ich könnte viele Beispiele aus der europäischen Staatenwelt nennen, bei denen man sagen könnte: Moment, seit 60 Jahren ist das Gebiet bei dem Staat X. Warum wird es nicht zurückgegeben? Es ist kein Argument, zu sagen, wir wollen entkolonialisieren. Ich hoffe, daß eine friedliche Lösung des Konflikts möglich sein wird.

Ich will sehr deutlich zum Ausdruck bringen: Wir unterstützen Großbritannien bei der Suche nach einer friedlichen Lösung. Wir erhalten unsere solidarische Haltung mit Großbritannien unter Betonung folgender Elemente aufrecht: Solidarität für eine friedliche Lösung, nachhaltige Unterstützung der Mission des amerikanischen Außenministers; und wenn dem Frieden wirklich gedient werden soll, so kann dies am ehesten dadurch geschehen, daß sich Argentinien der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen beugt. Von Seiten Großbritanniens gibt es in diesem Punkte ja keinerlei Probleme.

Ich habe die Befürchtung, daß die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung dadurch begrenzt werden, daß in Argentinien eine Welle des Nationalismus entstanden ist, die möglicherweise die Junta in Buenos Aires bindet. Es wird für sie nicht einfach sein, angesichts der nationalistischen Welle, die entfacht worden ist, Kompromisse zu schließen.

Trotzdem möchte ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Krieg vermieden werden kann und daß dieser Konflikt durch eine friedliche Lösung beendet werden kann. Er geht uns alle an, denn er gefährdet den Weltfrieden insgesamt. — Ich bedanke mich.

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich danke allen Kollegen, die sich an der Debatte beteiligt haben. Sie haben es mir eigentlich sehr leicht gemacht. Ich möchte deswegen nur sehr knapp zusammenfassen, was ich als Fazit dieser Debatte sehe.

Wir haben uns alle darauf verständigen können, daß wir erstens die völkerrechtswidrige Besetzung der Inseln durch die argentinische Regierung verurteilen. Wir unterstützen zweitens alle den Appell an die streitenden Parteien, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und eine friedliche Lösung zu suchen. Wir sind drittens einmütig der Auffassung gewesen, daß die Menschenrechte den Menschen auf den Inseln im Südatlantik ebenso zustehen wie allen anderen Menschen und daß wir daraus Konsequenzen zu ziehen haben. Viertens eint uns alle der Wunsch, daß die anachronistische Krise zwischen dem Vereinigten Königreich und der Argentinischen Republik nicht zu einer Krise in den **Beziehungen zwischen Europa und den lateinamerikanischen Staaten** wird.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang ein paar Worte des Respekts an unsere Kollegen aus der spanischen Delegation. In den Gesprächen, die zwischendurch stattgefunden haben, ist gern auf Gibraltar und das Sonderproblem zwischen dem Vereinigten Königreich und dem Königreich Spanien hingewiesen worden. Aber ich habe nicht zuletzt aus den Worten meines Freundes Calatayud wieder sehr deutlich herausgehört, daß es für Spanien nicht nur um dieses Problem geht, sondern daß hier ein Staat alte und ehrwürdige Sonderbeziehungen zu den Staaten Lateinamerikas besitzt. Ich meine, wir könnten aus diesem Grund die eine oder andere abweichende Bemerkung durchaus verstehen, ja, wir müssen sie verstehen. Ich füge hinzu, daß Europa die spanischen Sonderbeziehungen auch nutzen muß, um, wenn es notwendig ist, die Hilfe der spanischen Kollegen für die Beendigung der Krise in Anspruch zu nehmen.

Aber — und dies sage ich ebenso deutlich — so sehr ich begreife, daß spanische Kollegen in einer besonderen Situation stehen, so sehr halte ich es für notwendig, dessenungeachtet unsere klare und unmißverständliche Erklärung zu formulieren, die in unserem Bericht und in der Entschließung zur Situation im Südatlantik enthalten ist. Denn ich habe immer mehr den Eindruck gewonnen, Vermittlungsverhandlungen können nur dann einen Erfolg haben, wenn man vorher seine eigene Position klar herausgearbeitet hat und nicht bereits mit einer verwischten Position in die Verhandlungen hineingeht.

Ich darf mich noch einmal sehr herzlich bedanken und bitte Sie, den Empfehlungen des Ausschusses zu folgen und die Entschließung anzunehmen.

*Abg. Reddemann stellt ein Mißverständnis des spanischen Abg. Munoz Peirats bezüglich seiner vorstehenden Rede richtig:*

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident, ich habe den Eindruck, daß unser Kollege Munoz Peirats mich mißverstanden haben muß, denn ich hatte gerade, wie ich glaubte, anerkennende Worte für die besondere Situation der spanischen Delegation gefunden, und ich habe in keiner Weise unterstellen wollen, die spanische Delegation besäße etwa in der Frage der Menschenrechte eine andere Meinung als die Versammlung. Ich habe vielmehr ausdrücklich

betont, daß die gesamte Versammlung diesen Worten zustimmt.

Es mag sein, daß hier einmal sprachliche Schwierigkeiten hinzugekommen sind. Ich lege aber Wert auf die Feststellung, daß die Besorgnis, die der Herr Kollege Munoz Peirats geäußert hat, gänzlich unbegründet ist.

*Abg. Reddemann wendet sich gegen einen Änderungsantrag, der anstelle von Absatz 3 der nachstehenden Empfehlung 942 lediglich in allgemeiner Form Gewaltanwendung in internationalen Streitfällen verurteilt:*

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Ich muß diesem Amendment leider deswegen widersprechen, weil mit ihm die Verantwortung für die militärische Eskalation im Südatlantik verwischt wird und de facto der Angreifer und der Angegriffene auf eine Stufe gestellt werden. Ich bitte daher die Versammlung, das Amendment nicht anzunehmen.

*(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)*

*Abg. Reddemann spricht gegen einen Änderungsantrag zu Absatz 4 der nachstehenden Empfehlung:*

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Ziffer 3 des Entwurfs enthält bereits die Forderung an die Regierungen Argentiniens und des Vereinigten Königreichs, eine diplomatische Lösung des Konflikts zu sichern. Zusätzlich wird in dem Entwurf des Ausschusses aber gefordert, man solle die Resolution des Sicherheitsrates, die zum Frieden auffordert, ebenfalls als Grundlage sehen. Nach dem Text des Amendments wird zwar die Aufforderung an die beiden Regierungen generell unterstützt, nicht aber die ausdrückliche Unterstützung der friedensstiftenden UN-Resolution erklärt. Aus diesem Grunde kann ich mich trotz der Ausführungen des Herrn Kollegen Munoz Peirats leider nicht mit dem Amendment einverstanden erklären. Ich bitte um Ablehnung.

*(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)*

*Abg. Reddemann entgegnet auf den Änderungsantrag, den letzten Halbsatz von Absatz 5 der nachstehenden Empfehlung zu streichen:*

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Die Lage in der Welt ist leider so, daß in sehr vielen Staaten die Menschenrechte auf das gröblichste mißachtet werden, und dies leider sehr stark in Entwicklungsländern. Wenn wir der Intention des Herrn Kollegen Dejardin folgen und allen Ländern, die die Menschenrechte verletzen, die Entwicklungshilfe oder andere materielle Hilfe streichen würden, so könnten wir die Entwicklungshilfe im größten Teil der Welt einstellen.

Deswegen hat man sich eigentlich bei allen Diskussionen über die Frage der Hilfe immer darauf geeinigt, Sanktionen nur dann durchzuführen, wenn ein Staat einen anderen Staat angegriffen hat. Der Vergleich, den der Herr Kollege Dejardin zwischen verschiedenen Staaten Lateinamerikas anstellt, ist also in diesem Falle nicht korrekt, weil die anderen Staaten zwar innenpolitisch, in ihrem eigenen Bereich, in

einer Weise, die wir nicht akzeptieren können, regieren, nicht aber einen Überfall auf einen anderen Staat begangen haben.

In meiner Einführungsrede habe ich ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die argentinische Regierung offenbar unsere Friedfertigkeit mißverstanden hat, daß sie geglaubt hat, es werde aus Europa keine Reaktion kommen. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Ausschuß es deswegen begrüßt hat, daß die Europäischen Gemeinschaften nun in der Tat nicht nur mit einem formellen Einspruch, sondern auch mit einer Tat reagiert haben.

Ich glaubte, dies sei auch die Meinung der Versammlung. Aus diesem Grunde schlage ich vor, das Amendement des Herrn Kollegen Dejardin abzulehnen.

*Ein Änderungsantrag zu Absatz 6 der nachstehenden Empfehlung vermeidet den Hinweis auf die Grundrechtssituation der Bevölkerung der Falklandinseln. Hiergegen wendet sich Abg. Reddemann:*

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Der § 5 bestätigt in der Fassung, wie der Ausschuß sie vorlegt, den Bürgern der Falkland-Inseln ausdrücklich die Rechte aus der Europäischen Menschenrechtskonvention. Dies ist nicht eine Vermutung des Ausschusses, sondern eine gesicherte Rechtslage, über die wir uns vorher informiert haben.

Wenn wir dem Amendement des Herrn Kollegen Lopez Raimundo zustimmen, entziehen wir zwar der Bevölkerung nicht diese Rechte, verzichten aber darauf, diese Rechte ausdrücklich zu erwähnen. Dies hielte ich für außerordentlich bedenklich. Daher bitte ich die Versammlung, das Amendement abzulehnen.

*(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)*

*Abg. Reddemann nimmt zu einem Änderungsantrag Stellung, der Absatz 8 der nachstehenden Empfehlung durch einen Hinweis auf VN-Entschlüsse über „die Entkolonialisierung der Inseln“ ersetzen will:*

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident, der Politische Ausschuß war der Auffassung, daß es genügt, wenn wir für die endgültigen Lösungsmöglichkeiten auf die Prinzipien der Vereinten Nationen hinweisen, und daß wir nicht auf die eine oder andere vielleicht mißverständlich interpretierbare Resolution zurückkommen. Ich muß daher bitten, auch diesen Antrag abzulehnen.

*(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)*

*Ein Änderungsantrag zu Absatz 9 der nachstehenden Empfehlung beabsichtigt, die Nennung der EntschlieÙung 502 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu vermeiden. Hiergegen wendet sich Abg. Reddemann:*

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident, ich muß hier schnell ein Mißverständnis beseitigen. Es gibt zwei Probleme im augenblicklichen Konflikt. Das erste Problem ist, möglichst schnell den Frieden zu er-

reichen, und das zweite Problem ist, dann eine Lösung für die Inseln zu finden. Bei der Frage, wie man möglichst schnell den Frieden erreicht, haben wir eine Basis in der für diesen aktuellen Zeitraum gefaßten EntschlieÙung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Zu der Frage, welche endgültige Lösung hinsichtlich der Souveränität einmal gefunden werden kann, gibt es auch in den Vereinten Nationen verschiedene Aussagen. Aus diesem Grunde haben wir uns zwar auf den **Beschluß des Sicherheitsrats** für die aktuelle Situation gestützt, haben aber sonst darum gebeten, sich nicht auf eine bestimmte Resolution festzulegen. Hier komme ich dazu, praktisch dasselbe zu sagen wie bei den beiden Empfehlungen des Herrn Kollegen Lopez Raimundo. So leid es mir tut, meinem Freund Munoz Peirats widersprechen zu müssen: Ich bitte auch diesmal um Ablehnung.

*(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)*

#### Empfehlung 942 (1982)

##### betr. die Krise im Südatlantik

Die Versammlung,

1. ist bestürzt über die Verschlechterung der Lage im Südatlantik, die Menschenleben in Gefahr bringt und aufgrund ihres Einflusses auf die internationale Lage die Beziehungen zwischen den amerikanischen Staaten sowie zwischen Europa und Lateinamerika gefährdet;
2. ist bestrebt, die Vertiefung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den lateinamerikanischen und europäischen Demokratien zu schützen;
3. ist der Ansicht, daß die Besetzung der Falkland-Inseln/Malvinen durch die argentinischen Streitkräfte eine Verletzung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts darstellt, insbesondere derjenigen, die sich auf die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, das Verbot der Anwendung von Gewalt und das Selbstbestimmungsrecht beziehen, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und den internationalen Menschenrechtspakten enthalten sind;
4. unterstützt daher die EntschlieÙung 502 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die eine sofortige Beendigung der Feindseligkeiten und einen sofortigen Rückzug aller argentinischen Streitkräfte von den Inseln verlangt, und fordert die Regierungen Argentiniens und des Vereinigten Königreichs auf, eine diplomatische Lösung ihrer Streitigkeiten zu suchen;
5. erklärt ihre Solidarität mit dem erklärten Ziel des Vereinigten Königreichs, zu einer friedlichen und gerechten Lösung zu gelangen, und begrüßt die von den Europäischen Gemeinschaften ergriffenen energischen Maßnahmen;
6. verleiht ihrem Mitgefühl mit der Bevölkerung der besetzten Inseln Ausdruck, die sich bis zur argentinischen Invasion des vollen Schutzes ihrer Grundrechte und -freiheiten erfreute, insbe-

sondere durch die Einbeziehung ihres Territoriums in das Anwendungsgebiet der Europäischen Menschenrechtskonvention;

7. stellt fest, daß Argentinien gegenwärtig eine Militärdiktatur ist, in der die Menschenrechte verletzt werden und Grundfreiheiten nicht existieren;
8. vermerkt, daß es vor der Militäraktion der Argentinier in den Verhandlungen zwischen Argentinien und dem Vereinigten Königreich über den künftigen Status der Inseln, einschließlich der Souveränitätsfrage, Fortschritte gegeben hatte und daß beide Parteien noch im Februar 1982 öffentlich die konstruktive und herzliche Atmosphäre ihrer Gespräche betont hatten;
9. empfiehlt dem Ministerkomitee, die streitenden Parteien dringend aufzufordern, die Entschließung 502 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu erfüllen und die Verhandlungen wiederaufzunehmen, um eine friedliche Regelung unter Berücksichtigung der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Internationalen Menschenrechtspakte sowie der rechtmäßigen Interessen der Bevölkerung zu erreichen.

Tagesordnungspunkt:

### Die Beschlußtexte der 16. Tagung der Europäischen Gemeindekonferenz

(Drucksache 4877)

Berichterstatter: Abg. Windsteig

**Dr. Ahrens (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Parlamentarische Versammlung hat in den vergangenen Jahren die Resolutionen der Gemeinde- und Regionalkonferenz stets sehr sorgfältig beraten, und Berichterstatter ist in den vergangenen Jahren der Kollege Windsteig gewesen, dem ich, auch wenn er leider nicht mehr hier ist, ausdrücklich für diese wichtige und nicht immer einfache Arbeit danken möchte.

Ich möchte meine Ausführungen beschränken und mich lediglich mit dem beschäftigen, was die **Gemeindekonferenz** in der Resolution 121 angesprochen hat, wo es um eine **Änderung der Charta** dieser Konferenz geht. Auch dies, Herr Präsident, ist eine Frage, die für uns nicht neu ist, mit der wir uns in den vergangenen Jahren wiederholt beschäftigt haben. Bei der Beantwortung dieser Frage haben Gemeindekonferenz und Parlamentarische Versammlung zuweilen unterschiedliche Antworten gefunden. Die Konferenz ist ein Kind der Parlamentarischen Versammlung, und sie ist, rechtlich gesehen, ein Sachverständigen-gremium im Sinne unseres Statuts. Politisch ist sie allerdings über diese sehr enge Aufgabe hinausgewachsen, vor allem in den letzten Jahren, in denen die Repräsentativität der Konferenz erheblich zugenommen hat.

Während in den Gründerjahren der Konferenz bis in die letzten Jahre hinein ein Übergewicht oder doch

ein sehr starkes Gewicht der nationalen und der europäischen Gemeindeverbände zu spüren war — auch und insbesondere in den herausgehobenen Funktionen der Konferenz —, hat sich das in den vergangenen Jahren geändert. Zwar ist auch jetzt noch nicht voll die Forderung erfüllt, die Herr Windsteig aufgestellt hat, daß es sich bei den Mitgliedern der Konferenz um solche handeln muß, die im lokalen oder regionalen Rahmen ein durch Wahl erworbenes Mandat haben oder die direkt einer gewählten Versammlung verantwortlich sind. Wir mußten diesen Begriff so weit fassen, weil es in manchen unserer Länder Bürgermeister gibt, die nicht unmittelbar von der Bürgerschaft oder vom Rat gewählt werden, sondern eingesetzt werden, aber vor dem Rat Verantwortung tragen.

Herr Präsident, ich bin davon überzeugt, daß, wenn auch die Repräsentativität stark gewachsen ist, die Gemeindeverbände — sowohl die nationalen als auch die europäischen — eine besondere Bedeutung behalten werden. Sie werden auch weiterhin eine bedeutende Rolle spielen, insbesondere bei der Vorbereitung und bei der Ausarbeitung der Entschließungen der Versammlung.

Wir meinen aber, daß die Erfüllung der weiteren Wünsche der Gemeindekonferenz, auch die Änderung des Namens, die Erfüllung unserer Forderung nach voller Repräsentativität voraussetzt. Wie Herr Präsident Dupont dem Ausschuß in seiner Sitzung im März mitgeteilt hat, kommt dies auch seinen eigenen Bestrebungen und den Bestrebungen der Versammlung selbst entgegen.

Der von Herrn Windsteig gezogene Rahmen für die Vorschläge der Konferenz in ihrer Resolution 121 stellt nach meiner Auffassung die äußerste Ausschöpfung dessen dar, was das Statut des Europarats noch zuläßt. Weitergehende Forderungen können nicht erfüllt werden. So kann es nicht möglich sein — und das hat der Präsident der Konferenz im Ausschuß auch ausdrücklich dargelegt —, daß es zu einer **Gleichstellung der Gemeindekonferenz** etwa mit der **Parlamentarischen Versammlung** kommt oder daß man die Gemeindekonferenz gleichberechtigt neben das Ministerkomitee oder die Parlamentarische Versammlung stellt. Das ist nach unserem Statut ausgeschlossen.

Das ist das Ergebnis der Beratungen, das wir in einer sehr lebhaften und sehr eingehenden Diskussion im Ausschuß in Anwesenheit des Herrn Kollegen Präsident Dupont gefunden haben. Ich meine, daß damit den Anliegen der Gemeinde und Regionalkonferenz im Rahmen des möglichen Rechnung getragen wird, und möchte die Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses wie auch schon in den vergangenen Jahren herzlich bitten, sich der großen Sachkunde und des großen Sachverständes, der in der Gemeindekonferenz vertreten ist, zu bedienen, wenn es um die Lösung unserer eigenen Fragen geht.

Tagesordnungspunkt:

### Ansprache des Außenministers von Zypern, Nicos Rolandis

Tagesordnungspunkt:

**Die Wiederverwertung  
biologisch nicht abbaubarer Abfälle**

(Drucksache 4821)

Berichterstatter: Abg. Hardy

**Rösch (FDP):** Frau Präsident! Verehrte Kollegen! Als wir gestern in diesem Hohen Hause über Lateinamerika, über Nicaragua geredet haben, war es voll besetzt. Der Diskussion wurde mit großem Interesse gefolgt, obwohl man sagen muß, daß alle die Themen, über die wir bisher gesprochen haben, im Vergleich zu der zukünftigen Bedeutung des Themas, über das wir jetzt sprechen, von ganz geringem Gewicht sind. Aber offensichtlich fehlt nicht nur in weiten Teilen der Bevölkerung, sondern auch bei den Politikern das Bewußtsein für die Bedeutung der Fragen, die sich im Zusammenhang mit diesem Thema in der Zukunft ergeben. Hier handelt es sich sicher um eine Art Gegenseitigkeit: Was die Bevölkerung nicht für wichtig hält, halten auch die Politiker nicht für wichtig, und was die Politiker nicht für wichtig halten, hält auch die Bevölkerung nicht für wichtig.

Wir müssen, wenn es um dieses Thema geht, stärker als bisher in das Bewußtsein unseres Nachbarn eindringen, sei es unseres Nachbarn zu Hause in der Straße oder sei es unseres Nachbarn im Europarat.

Verehrte Kollegen, wenn hier von Müll als Abfall gesprochen wird, dann, glaube ich, verhalten wir uns schon hinsichtlich der Formulierung falsch, hinsichtlich der Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die sich in der Zukunft ergeben. Ich glaube nämlich, daß es in der Zukunft keinen Müll mehr als Abfall im Sinne von Wegwerfen geben wird, sondern der Müll wird in jedem Falle Rohstoff sein müssen.

Meine verehrten Kollegen. Vorredner haben zu Recht darauf hingewiesen, welche Auswirkungen die Mißachtung dieser Probleme auf die künftigen Generationen haben wird. Sie haben darauf hingewiesen, wie problematisch es sein wird, wenn wir die notwendigen Entscheidungen nicht treffen. Ich will das nicht wiederholen, sondern — auch der Kürze wegen — nur einen einzigen Gedanken beisteuern, der mir ganz wesentlich ist.

Bei den Diskussionen, die in der Vergangenheit stattgefunden haben, hat man den Eindruck gewinnen müssen, als wenn es sich bei Maßnahmen in diesem Bereich um Pflichten handelte, die für uns mit Kosten verbunden seien. Man hat den Eindruck gewinnen müssen, als ob es darum ginge, diesen Pflichten mehr oder weniger Genüge zu tun, die entsprechenden Kosten aufzubringen, als ob es darum ginge, ob einzelne Betriebe oder einzelne Volkswirtschaften in diesem Bereich mehr oder weniger Geld ausgeben könnten. Selbstverständlich kostet das etwas, was in dem Bereich an Maßnahmen notwendig ist. Das, was ich hier und heute darstellen will, ist aber etwas ganz anderes.

Ich glaube, daß derjenige, der das Gebot der **Wiederverwertbarkeit von Rohstoffen** in seiner Volkswirtschaft mißachtet, nicht nur künftige Generationen, sondern auch die ökonomische Zukunft der Gesellschaft mißachtet, für die er verantwortlich ist. Ich bin nämlich der festen Überzeugung, daß wir, wenn es uns gelingt, in diesem Bereich die Wiederverwertbarkeit von Rohstoffen in größerem Umfang auf industrieller Basis zu betreiben, Dinge produzieren, die immer rarer werden.

Es ist doch schon einem Volkswirtschaftsstudenten im ersten Semester klar, daß Dinge so teuer sind, wie sie rar sind. Mit anderen Worten: Die Volkswirtschaft, die als erste und im weitesten Maße in der Lage ist, das, was immer rarer, immer knapper wird, zu ersetzen, wird auch die Volkswirtschaft sein, die in der Zukunft am ehesten in der Lage ist, Dinge zu produzieren, die die Menschheit tatsächlich braucht. Hier handelt es sich also nicht um Opfer, die gebracht werden müssen, um Maßnahmen, die Kosten verursachen, sondern die angesprochenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten bieten auch die Chance, volkswirtschaftlich sinnvolle und nützliche Effekte zu erzielen. Stellen Sie sich nur vor, wie viele qualitative Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn wir in diesem Bereiche mehr tun, wieviel neuer Wert geschöpft werden kann, wenn wir auf diesem Gebiet in der notwendigen Weise tätig werden.

Verehrte Kollegen, dann, wenn wir hier in Diskussionen über das Problem der „Geißel Arbeitslosigkeit“ in unseren Volkswirtschaften in Europa stehen, stellen wir immer resignierend fest, daß eines der Probleme unserer Volkswirtschaften in Mitteleuropa darin besteht, daß wir Dinge produzieren und Kapazitäten für Waren vorhalten, die wir in der Menge, in der wir sie produzieren können, gar nicht mehr brauchen, weil sie inzwischen als Gebrauchsartikel allüberall weit verbreitet sind. Für ganze Produktketten haben wir eine Nachfragekrise, und meiner Meinung nach ist diese Krise weder durch Friedensmanche Geldmengenkonzepte noch durch neomarxistische Systeme zu meistern, weil die entsprechenden Rezepte meines Erachtens das Grundproblem dieser Krise nicht erkennen, das Grundproblem nämlich, daß das Verhältnis der Nachfrageseite zu den Kapazitäten gestört ist.

Im Bereich der Wiederverwertbarkeit von Müll, der Schaffung von Rohstoffen, haben wir allerdings, verehrte Kollegen, einen ganz erheblichen Bereich vor uns, in dem die wachsende Menschheit dauerhafte Nachfrage haben wird und dauerhaft Wert schöpfen kann. Ich glaube also, daß es nicht so ist, daß wir die Wahl zwischen einer völlig verpesteten Umwelt, in der man nicht mehr leben kann, weil wir die Scheuklappen der Industrialisierung nicht ablegen, einerseits und gewissermaßen einer Rückentwicklung zur ländlichen Gesellschaft in den Industriezonen andererseits haben. Vielmehr liegt in der Wahrnehmung der genannten Chancen eine ganz enorme Zukunftschance im ökonomischen und damit im gesellschaftlichen Bereich.

Der Gedanke, den ich Ihnen nahebringen oder darlegen wollte, ist, daß dies nicht Kosten sind, die überflüssig sind, sondern daß darin eine enorme ökonomische

mische Aussicht für unsere Volkswirtschaften steckt. Dann, wenn man begreift, daß es dabei nicht nur um moralische Fragen geht, daß es nicht nur um Fragen geht, die man im Theoretischen oder im Ideologischen begründen kann, sondern daß es auch volkswirtschaftliche Chancen gibt, ist — davon bin ich überzeugt — die Anwesenheit der Politiker wie auch das Interesse der Bevölkerung viel größer als heute. — Vielen Dank.

Empfehlung 943 (1982)

**betr. die Wiederverwertung  
biologisch nicht abbaubarer Abfälle**

Die Versammlung

.....  
.....

8. empfiehlt dem Ministerkomitee:

- a) die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern:
  - i) unter Beibehaltung des Verursacherprinzips, steuerliche Anreize (Steuerkürzungen oder eine Sondersteuer) oder Subventionen zu billigen, um die Unternehmen zur Nutzung „sauberer“ industrieller Technologien zu ermutigen;
  - ii) besondere Anstrengungen zu unternehmen und technische, steuer- und handelspolitische Maßnahmen einzuführen, um die Nutzung biologisch abbaubarer oder wiederverwertbarer Materialien bei der Herstellung von Fertigwaren zu fördern;
  - iii) den Gemeindebehörden die Möglichkeit zu geben, konstruktive Schritte zu unternehmen, um die Abfallverwertungsprogramme auszuweiten und die Entwicklung nützlicher und wichtiger Projekte, wie Industrieanlagen für die Wiederverwertung und Weiterverarbeitung von Abfallstoffen, zu fördern;
  - iv) auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene Informationskampagnen durchzuführen, um die Bürger auf die Notwendigkeit der Wiederverwertung von Abfallstoffen aufmerksam zu machen und sie darüber aufzuklären, daß eine Optimierung der Abfallkontrolle für den Umweltschutz von Bedeutung ist;
- b) das Europäische Komitee für Naturschutz und natürliche Ressourcen sowie den Lenkungsausschuß für Regionalfragen zu beauftragen:
  - i) den Austausch von Informationen über die Forschungs- und Entwicklungsprogramme zur Wiederverwertung biologisch nicht abbaubarer Abfallstoffe zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern;
  - ii) Beispiele erfolgreicher Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten im Bereich der Wiederverwertung von Abfallstoffen

zu untersuchen und auf sie aufmerksam zu machen und eine europäische konzertierte Aktion zu fördern, die gegenwärtig sowohl sachdienlich als auch erforderlich ist;

- iii) Ausbildungsprogramme im Bereich der Abfallverwertung auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene im Rahmen der Fort- und Weiterbildung, der schulischen Erziehung und der Hochschulbildung zu fördern;
- iv) ein Netz für den Informationsaustausch über die anfallenden Mengen und die Beschaffenheit der Abfallstoffe, die bestehenden Verfahren der Wiederverwertung von Abfallstoffen und die Bestandsaufnahme und Bewertung der Maßnahmen der Kommunen zu schaffen;
- c) die vorliegende Empfehlung der Konferenz der europäischen Gemeinden und Regionen zur Stellungnahme zu übermitteln.

**Freitag, 30. April 1982**

Tagesordnungspunkt:

**Die Lage in Polen  
und die Ost-West-Beziehungen**

(Drucksache 4880)

Berichterstatter: Abg. Baumele

**Jäger (Wangen) (CDU/CSU):** Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! In der ersten Ziffer des uns vorliegenden Resolutionsentwurfes aus dem Bericht unseres Kollegen Baumele, zu dem ich ihn ebenso beglückwünschen möchte wie den Kollegen Atkinson zu seinem ausgezeichneten Bericht, wird auf die Resolution Nr. 763, die diese Versammlung im Januar dieses Jahres verabschiedet hat, Bezug genommen. Ich darf die, was **Polen** betrifft, entscheidende Ziffer 7 aus dieser Resolution 763 noch einmal in Ihr Gedächtnis rufen. Es heißt da: Die Versammlung vertritt die Ansicht, daß das derzeitige Regime, das von der großen Mehrheit des polnischen Volkes abgelehnt wird, nicht aufrechterhalten werden kann, ohne daß die Beziehungen zwischen beiden Hälften Europas ernsthaft beeinträchtigt werden, und sie stellt mit Genugtuung fest, daß die westlichen Demokratien jetzt anerkennen, daß die Mindestvoraussetzungen für eine Wiederaufnahme normaler Beziehungen und eines normalen Austausches auch im Handelsbereich die Abschaffung des Kriegsrechts, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Wiederherstellung der Freiheit des künstlerischen Ausdrucks und der Achtung anderer Formen freier Meinungsäußerung und die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen „Solidarität“ und mit der katholischen Kirche wären.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, an der Mißachtung der hier genannten und von mir zitier-



ten Grundsätze durch das kommunistische Militärregime des Generals Jaruzelski hat sich bis zum heutigen Tage wenig, ja fast nichts geändert. Auch die jüngsten Maßnahmen der polnischen Regierung, die eine gewisse Erleichterung andeuten, haben den Grundsatz und die grundsätzliche Position dieses Regimes nicht in Frage gestellt. Noch immer haben wir die schlimmsten Unterdrückungsmaßnahmen unverändert vor uns, ja, es sind neue hinzugekommen. Ich verweise auf die beunruhigenden Meldungen, die es jetzt aus Polen darüber gibt, daß Häftlinge aus dem Gebiet der Volksrepublik Polen in andere Ostblockstaaten verschleppt werden. Wir wissen nicht einmal, ob sie nicht unter Umständen sogar in die Sowjetunion verschleppt werden; zumindest werden solche Drohungen gegenüber Inhaftierten bereits ausgesprochen.

Noch immer besteht das Streikverbot, und auch wenn die Ausgangssperre jetzt aufgehoben werden soll, so bleiben noch immer schwere, massive **Eingriffe in die Menschenrechte** wie die Dienstverpflichtung von Arbeitnehmern in Schlüsselindustrien bestehen. Es bleibt die harte Zensur bestehen; es bleiben die Schnellgerichtsverfahren, die jeder Form von Rechtsstaatlichkeit entbehren; es bleiben die militärischen Spitzel und Kontrolleure in allen wichtigen Organisationen und Institutionen des Landes.

Hauptfeind des gegenwärtigen Regimes ist geblieben und bleibt wohl auch weiterhin die Gewerkschaft „Solidarität“, die — wenn wir einmal von der katholischen Kirche absehen — größte und mächtigste freie organisierte Kraft, die wir in Polen heute kennen.

Vor wenigen Tagen hat eine Zeitung dieser Stadt, die „Dernières Nouvelles d'Alsace“, ein Interview mit einer polnischen Krankenschwester veröffentlicht, die in der „Solidarität“ aktiv war und die nur deswegen nicht ins Gefängnis geworfen wurde, weil man sie in ihrem Krankenhaus dringend gebraucht hat. Sie sagte in diesem Interview: „Solidarnosc“ war für das polnische Volk die Hoffnung auf ein besseres Leben, die Hoffnung, eine Lösung für die Lebensmittelversorgungsprobleme zu finden, dem schwarzen Markt ein Ende zu setzen, der sich ungefähr überall ausbreitete, die Wohnungskrise zu lösen, ganz einfach die Hoffnung auf ein neues Leben.

Diese Hoffnung versuchen die jetzigen Machthaber unter General Jaruzelski systematisch zu zerstören. Bei diesem Kampf des kommunistischen Regimes gegen die Arbeiterklasse, gegen die arbeitenden Menschen überhaupt, ja, gegen das ganze polnische Volk, dürfen wir die Polen nicht allein lassen.

Was tut die freie Welt in dieser Situation? Meine verehrten Kolleginnen, meine Kollegen, ich habe diese Frage als deutscher Abgeordneter und als Mitglied dieser Versammlung gestellt, weil vor zwei Tagen in der großen deutschen Tagespresse ein Aufruf veröffentlicht worden ist, den namhafte Schriftsteller und Dichter polnischer Nation, die im Westen leben, an unser deutsches Volk gerichtet haben, darunter ein so bekannter Mann wie der Philosoph Leszek Kolakowski, Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels.

Diese polnischen Schriftsteller — ich darf einen Passus zitieren — rufen dem deutschen Volk — aber ich meine, auch allen freien Völkern — ins Gedächtnis, was es bedeutet, so weiterzuhandeln, wie es die freie Welt bisher getan hat. Es heißt da:

Das Gespenst eines „Neutralismus“, einer stufenweisen Unterwerfung, kreist über West-Europa. Es verbirgt sich hinter dem Trugbild wirtschaftlicher Vorteile und einer angeblichen Stabilisierung. Dies ist ein Trugbild, denn die Milliarden Deutsche Mark, die als Kredite an die Regierung Gierke in Warschau gingen, haben keinen Nutzen gebracht. Mit neuen Krediten gibt es auch keine Gesundung der Wirtschaft, denn das Jaruzelski-Regime führt Krieg gegen die ganze polnische Gesellschaft. Es versucht mit Hilfe des „Kriegszustandes“, mit Massenlagern und Unterdrückung das von der Gewerkschaft „Solidarität“ symbolisierte Streben des Volkes nach Demokratie, Selbstverwaltung und Unabhängigkeit zu ersticken.

Soweit dieser Auszug aus dem Aufruf der polnischen Schriftsteller an die Deutschen.

Ich meine, was hier namhafte Polen sagen, geht uns alle an. Deswegen möchte ich noch einmal ganz klar die Forderungen formulieren, die diese Versammlung und die Regierungen, die unsere Völker vertreten, an das polnische Regime stellen müssen. Es geht um die Freilassung Lech Walesas und aller anderen politischen Häftlinge. Es geht um die sofortige Aufhebung des Kriegsrechts und nicht nur einiger nebensächlicher Bestimmungen dieses Kriegsrechts. Es geht um die Achtung der fundamentalen Menschenrechte, insbesondere des Menschenrechts auf Vereinigungs- und Gewerkschaftsfreiheit sowie Streik. Es geht um eine Rückkehr zu den Vereinbarungen von Danzig mit der Gewerkschaft „Solidarität“. Ich unterstütze insofern lebhaft das Amendement, das der Kollege Atkinson im Namen des Ausschusses für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten eingebracht hat.

Diese wesentlichen und fundamentalen Forderungen müssen von uns mit aller Härte und Unerbittlichkeit an die polnische Regierung gestellt werden. Aber sie machen nur Eindruck und sie werden nur Erfolg haben, wenn der Westen einig bleibt, wenn der Westen seine Einigkeit noch verstärkt. Zu dieser Einigkeit gehört, daß auch die Wirtschaftssanktionen aufrechterhalten werden. Hier teile ich nicht die Auffassung jener Kollegen — bei allem Respekt vor ihrer Meinung —, die zu dieser Frage gesprochen haben. Man kann die Wirtschaftspolitik nicht von der allgemeinen Politik trennen, meine Damen und Herren. Und welches Mittel bleibt uns denn, wenn wir mit friedlichen Mitteln — nur um solche kann es sich handeln — einen Wandel herbeiführen wollen?

Es muß auch erste Dringlichkeit sein, daß Polen weiter auf der Tagesordnung des Madrider Folgetreffens der KSZE bleibt. Es darf dort nicht in dem Papierkorb verschwinden. Schließlich ist es auch notwendig, unseren österreichischen Freunden, die die Hauptlast im Zusammenhang mit den **Flüchtlingsen**



aus Polen zu tragen haben, endlich wirkungsvolle Hilfe bei der Bewältigung dieses Problems zuteil werden zu lassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch einmal mit Nachdruck hervorheben, daß Polen derzeit für uns wie für die Machthaber in Moskau der wichtigste Prüfstein dafür ist, ob wir willens und fähig sind, Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung für eine große und tapfere europäische Nation durchzusetzen und letztlich auch für alle freien Nationen Europas zu behaupten. An uns, meine verehrten Kolleginnen, meine Kollegen, und an unseren Regierungen liegt es, ob wir diese Prüfung bestehen. — Ich danke Ihnen.

#### Entschließung 775 (1982)

#### betr. die Lage in Polen und die Ost-West-Beziehungen

#### (Allgemeine Politik des Europarates)

##### Die Versammlung

1. verweist auf ihre Entschließung 763 (1982) betr. die Lage in Polen und ihre Entschließung 759 (1981) betr. die KSZE-Folgekonferenz in Madrid;
2. bedauert die Intervention der polnischen Streitkräfte, die unter äußerem Druck im Namen der „nationalen Rettung“ erfolgte und sich gegen eine breite Friedensbewegung im Volk richtete, eine Intervention, die zu einer ernsthaften Verschlechterung der Lage, nicht nur im Hinblick auf die Menschenrechte und insbesondere die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich geführt hat;
3. begrüßt erneut die mutige Rolle, die die katholische Kirche in Polen weiterhin spielt, eine Institution, der es gelungen ist, ihre Stellung in Polen und das Vertrauen des Volkes zu behalten, und die insbesondere als Vorbedingung für eine nationale Versöhnung die Freilassung der Mitglieder von Solidarität, einer rechtmäßig gebildeten Arbeitnehmervereinigung, fordert;
4. vermerkt, daß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid wegen der Lage in Polen unterbrochen wurde und daß folglich eine Verbesserung dieser Lage erforderlich ist, um das Klima des Vertrauens wiederherzustellen, das die Wiederaufnahme der Arbeiten der Konferenz am 9. November 1982 mit der Aussicht auf Erfolg ermöglichen wird;
5. weist alle Erpressungsversuche derjenigen zurück, die jeden Widerstand gegen die derzeitige Situation in Polen als eine Haltung ansehen, die sich gegen den Frieden in Europa richtet;
6. unterstützt voll die Stellungnahme des Europäischen Rates (Brüssel, 29./30. März 1982), die die drei Bedingungen für eine Rückkehr zu normalen Beziehungen mit Polen und der Sowjetunion wiederholt (Aufhebung des Kriegsrechts innerhalb kürzester Frist, Freilassung der inhaftierten Personen und Wiederherstellung eines echten Dialogs mit der Kirche und Solidarität);
7. bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die europäischen und nordamerikanischen Demokratien sich wo immer möglich um eine gemeinsame Haltung gegenüber Polen und der sowjetischen Politik in bezug auf dieses Land bemühen sollten;
8. bedauert, daß die am 30. November 1981 in Genf zwischen den Supermächten eröffneten, aber derzeit unterbrochenen Verhandlungen über die Begrenzung der INF-Systeme nicht über das Stadium der Propagandaerklärungen hinausgingen;
9. erwartet, daß die Supermächte die Verhandlungen in Genf energisch fortsetzen und im Anschluß Verhandlungen über die verifizierbare und ausgewogene Verringerung strategischer Waffen (Salt/Start) und konventioneller Streitkräfte im Rahmen der MBFR-Verhandlung in Wien eröffnen;
10. fordert alle Gewerkschaften der Mitgliedstaaten auf, eine Kampagne für die Wiederherstellung der Abkommen von Danzig einzuleiten, und begrüßt die Empfehlung des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die vorschlägt, daß eine Delegation der ILO sich an Ort und Stelle über die Gewerkschaftssituation in Polen informieren soll;
11. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten und der übrigen Demokratien in der Welt sowie die Nichtregierungsorganisationen erneut auf, die humanitäre Hilfe an das polnische Volk insbesondere auf dem Weg über die katholische Kirche aufrechtzuerhalten und zu erhöhen;
12. wiederholt ihren Appell an die Regierungen der Mitgliedstaaten, ihre Solidarität mit Österreich, dem Land, das den polnischen Flüchtlingen als erstes Asyl gewährte, zu bekunden und dem Zwischenstaatlichen Komitee für Wanderbewegungen (ICM) alle politische und materielle Unterstützung zu gewähren, um seine Interventionsmöglichkeiten im Hinblick auf die Aufnahme und Eingliederung der polnischen Flüchtlinge zu erhöhen.